

Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 31

Duisburg, den 3. August 1929

30. Jahrgang

Metallarbeiterschaft, Unternehmer und Arbeitsgemeinschaft



Die Rede von Ernst Poensgen, dem Vorsitzenden der Nordwestgruppe, auf der Jubiläumstagung der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat, soweit sie die Forderung nach der Notwendigkeit der Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern erhob, in den wirtschaftlichen Kreisen weitesten Widerhall gefunden. Wir als christliche Metallarbeiter stehen im Prinzip auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft und konnten daher nur erklären, daß wir diesen Teil der Rede von Poensgen unterschrieben. Allerdings verhehlten wir die Schwierigkeiten der Durchführung dieser Arbeit nicht. Die „Rhein- und Ruhr-Wirtschaftszeitung“ Nr. 29 vom 19. Juli d. J., das Organ der Handelskammern des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, befaßt sich in ihrem Leitartikel mit den Ausführungen unseres Organs vom 17. Juli d. J. zu der Rede von Poensgen und findet, daß wir unsere Antwort auf die Forderung Poensgens nach Arbeitsgemeinschaften in sehr viele Wenn und Aber gekleidet hätten, und wünscht auch hierfür den „wirtschaftsbejahenden Geist“, den unser Verbandsorgan sonst zeige.

Es erscheint in diesem Zusammenhange überflüssig, auf unsere prinzipielle Stellung zum Arbeitsgemeinschaftsgedanken hinzuweisen. Sie ergibt sich aus unserer grundsätzlichen Haltung zu Wirtschaft, Unternehmertum, zu Mitverantwortung der Arbeiterschaft an Betrieb und Industrie; sie ergibt sich aus dem Gedanken der notwendigen Verbundenheit zwischen Unternehmern und Arbeitern trotz zeitweiliger schwerer Spannungen und Kämpfe und kann in bezug auf die Idee der Arbeitsgemeinschaft nur als positiv, als bejahend gelten. Wir müßten ja unsere ganze innere Einstellung und auch die Vergangenheit leugnen, wenn es anders sein sollte. Wir wollen lediglich in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß zu Anfang 1918 bereits unser Verbandsorgan eine Artikelserie brachte über die Frage „Unternehmertum und Arbeiterschaft im neuen Deutschland“, worin wir als erste den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft herausstellten, eine Ansicht, die daraufhin in den großen wirtschaftlichen Blättern lebhaft kommentiert und an manchen Stellen heftig umstritten wurde, bis der Zusammenbruch Ende 1918 das überraschend, aber vielfach unvorbereitet zustande brachte, was wir zu Anfang 1918 gefordert hatten.

Wir haben uns als Verband bewußt auf diesen Boden gestellt, wir haben weder die Arbeitsgemeinschaft noch den Eisenwirtschaftsbund gekündigt und bedauert, daß die Industrie aus diesen Institutionen gerade dann sich zurückzog, als mit Ende 1923 eine unsozialere Aera einzusehen drohte. Damals wäre beim ersten Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nach der Inflation eine Arbeitsgemeinschaft notwendiger als je gewesen. Aber das Bedauern über die damalige innerlich zusammengebrochene Arbeitsgemeinschaft darf natürlich nicht den Blick verschließen vor den Notwendigkeiten der Zukunft, selbst wenn auch gesagt werden muß, daß

nicht zuletzt durch das Verhalten der Unternehmer selbst auf das freudige Bejahen der Arbeitsgemeinschaft bei großen Teilen der Arbeiterschaft der Mehltau des Zweifels an das ehrliche Wollen des Unternehmertums gefallen ist.

Nun hat Poensgen an prominenter Stelle scharf und pointiert die Forderung nach Arbeitsgemeinschaft erhoben. Mit ihm erhebt — und das ist vielleicht ein für die Zukunft sozial bedeutungsvolles Zeichen — die Schwerindustrie diesen Ruf.

Es sollte alles daran liegen, die soziale Sphäre von jener Schwüle zu bereinigen, die seit Jahren darauf lastet, deren Ausbruch durch manche Wetterzeichen (Textilarbeiterkämpfe, Eisenkonflikt) vorherverkündet, deren gewaltige explosive Kraft vollständig zur Entladung zu bringen aber ein ungeheures Zurückwerfen der deutschen Wirtschaft bedeuten würde. Im Zeitalter des Young-Planes und des härter einsehenden, durch Rationalisierung und Vertrustung verschärften Kampfes um den Weltmarkt sollten alle produktiven Kräfte einig gehen in dem Ziel, der deutschen Wirtschaft ein so sicheres und festes Fundament wie eben möglich zu geben. Die christliche Metallarbeiterschaft zum mindesten sieht und erkennt die Verbundenheit, die sie zum Wirtschaftsganzen besitzt und hat nicht erst seit heute ihre Konsequenzen daraus gezogen.

Allerdings wird der Rhythmus im Ringen ein anderer sein müssen als vor Zeiten. Der Aufstieg der Wirtschaft der Vorkriegszeit hatte als ein paar Anhängsel etwas Sozialversicherung, die aber — an sich bedeutungsvoll und groß — aus vielen Gründen gar nicht die Kraft besitzen konnte, sozialpolitisch das Ganze zu durchdringen. Heute ist es notwendig, einen Einklang zu schaffen zwischen wirtschaftlichem Wollen und sozialer Tat, die nicht etwa nebeneinander zu stehen haben, wobei man gelegentlich das eine oder das andere ausschalten kann, sondern die zu einem Ganzen geformt werden müssen.

Sieran wird sich die Kraft einer neuen Arbeitsgemeinschaft zu beweisen haben. Das wird ihre größte Tat, aber auch ihre schwierigste sein, weil eine Synthese gefunden werden muß zwischen dem starken individualistischen Denken des Unternehmertums, das in einigen Zweigen — wenigstens nach Verlautbarungen — von einem individualistischen Radikalismus nicht weit entfernt ist, und dem mehr kollektivistischen Denken der Gewerkschaftsbewegung, das sich aber, soweit sozialistische Gewerkschaften in Frage kommen, leider ebenfalls bedenklich radikal versteift hat.

Wir brauchen nicht zu erwähnen, daß wir den Unternehmer für einen volkswirtschaftlich notwendigen Faktor halten, der mit seiner Initiative, seinem Wagemut, seinem Können ein Vorwärtstreiber der Wirtschaft sein soll. Leider ist seine Funktion in Deutschland stark gehemmt durch eine Starre des Kartell- und Syndikatswesens, die schwerlich übertroffen werden dürfte.

Die letzten Jahre haben nun gewisse bedenkliche Schattenseiten gezeigt, die hinwegzuräumen erste Aufgabe einer künftigen Arbeitsgemeinschaft wäre. Obzwar man mit den Gewerkschaften als den gesetzlich anerkannten Vertretern der Arbeiterschaft zu paktieren gezwungen war, mußte infolge manches Verhaltens in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, als ob man, wenn nicht anti-, so doch sehr häufig agewerkschaftlich eingestellt war. Dem Willen der Gewerkschaften, die Arbeiter über die Grenzen ihres Betriebes zu gemeinsamer Tat zusammenzufassen, setzte man den sehr einseitig aufgelegenen Werks-gemeinschaftsgedanken gegenüber. Der Sozialversicherung, die gleichfalls auf Gemeinsamkeit der Arbeitnehmer aufgebaut ist, indem der gesunde Arbeiter für den kranken, der weniger gefährdete Beruf für den gefährdeten mit einzutreten hat, setzte man den Gedanken des rein individualistischen Sparzwanges gegenüber und suchte durch Broschüren aller Art diese Sache schmachhaft zu machen. Die Arbeitslosenversicherung erfreut sich keinesfalls einer Zuneigung. Zugegeben, daß in den Zweigen der Sozialversicherung eine Anzahl Mängel, ja selbst ein gewisser Schematismus eingerissen ist: die denkende Arbeiterschaft ist die letzte, die sich einer Behebung wirklicher Mängel in den Weg stellen würde. Sie betrachtet aber den Boden des Schutzes einer gesunden Sozialversicherung und des Arbeitsrechtes als Grundlage für eine künftige Arbeitsgemeinschaft.

Auch wir stehen bewußt auf dem Standpunkt, daß der Arbeiter möglichst innig mit seinem Betrieb verknüpft sein soll, und wir würden es als eine bedeutame Folgerung aus der Erklärung Poensgens begrüßen, wenn man dieses Verbundenseinwollen des Arbeiters mit dem Betrieb stützen würde, z. B. durch Schutz der älteren Arbeiter, durch möglichste Ausschaltung der Unsicherheit des Standortes des Arbeiters, welche durch die Rationalisierung eine oft nicht gerechtfertigte Schärfe angenommen hat. Wir sind ferner für eine gewisse Auflockerung der Zentraltarife, damit für die Abmachungen im Bereich des einzelnen Werkes ein bestimmter Raum bleibt. Zwar, und das muß angefügt werden, ist durch

den zentralen Tarif ein Mindestsatz festzulegen, den der Lohn erreichen muß. Wir vermissen aber die Konsequenz auf Arbeitgeberseite, wenn man auf der einen Seite den Werks-gemeinschaftsgedanken propagiert, auf der anderen Seite aber den Rahmen des Tarifgebietes möglichst weit spannt, so daß tatsächlich der Eindruck entstehen muß, als wolle man die Gewerkschaften von zwei Seiten her in die Zange nehmen. Daneben stehen noch eine ganze Anzahl Fragen von ebenso hoher Bedeutsamkeit, sei es die stärkere Publizität der Wirtschaft, sei es die größere Verantwortlichkeit der Arbeitnehmer für bestimmte Stellen der Wirtschaft, sei es die Frage der Preise und ihrer Wirkungen auf die Gesamtwirtschaft, die Stellung der unproduktiven Schichten zu den produktiven usw.

Wir haben das nicht aufgezeigt, um uns etwa gegen den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft zu sperren oder sie gar hintanzuhalten zu versuchen. Im Gegenteil. Gerade die Existenz aller dieser Symptome, die zum Teil bedenklicher Natur sind, ist ja ein Beweis für die Notwendigkeit einer Arbeitsgemeinschaft, die, wenn sie ehrlich von beiden Kontrahenten gewollt, sich äußerst segensreich auswirken kann. Aber dann sollte auch nicht länger gezögert werden. Der Weg zur Zentralarbeitsgemeinschaft oder zum Metallwirtschaftsbund, ebenso wie zum Eisenwirtschaftsbund sollte bald beschritten werden, zumal sie bezeichnenderweise nur vom sozialistischen Metallarbeiterverband, aber nicht vom Christlichen Metallarbeiterverband und den Unternehmern gekündigt wurden.

Für uns als christliche Metallarbeiter ist die Tätigkeit für die eigene Berufsgruppe und für unsere Industrie aber auch die Steigerung der gesamten volkswirtschaftlichen Kräfte Richtschnur geblieben. So können wir gar nicht anders als wirtschaftsbejahend sein, weil wir den materiellen, geistigen und sozialen Aufstieg unserer Kollegenschaft wollen. Eins hängt mit dem anderen untrennbar zusammen. Letztlich kann auch ein Aufstieg der arbeitenden Schicht nur möglich sein bei einer Steigerung der Produktivkräfte im Volke und einem gerechten Anteil am Ertrag des gemeinsam erarbeiteten Produktes.

G. W.

Der Arbeitslohn in der Konsumtion

Wir haben vor einiger Zeit aus der Feder unseres Mitarbeiter Guido Baumann eine Artikelreihe gebracht „Der Lohn als Produktionsfaktor“, an den sich eine fruchtbare Aussprache der Kollegen angeschlossen. Wir beginnen in dieser Nummer mit der Gegenseite des Lohnkapitels, nämlich der Stellung des Lohnes in der Konsumtion, im Verbrauch, von demselben Verfasser. Man braucht nicht mit allen Einzelheiten sich einverstanden erklären, manches mag überprüft dargestellt sein, aber — und das ist das Wichtigste — der Artikel zwingt zum Nachdenken und zur Stellungnahme. Als Metallarbeiter, die wir gewohnt sind, unsere Arbeit und die uns angehenden Fragen unter größeren Gesichtspunkten zu sehen, werden wir auch die Lohnfrage in ihren großen Beziehungen zum Gesamten betrachten wissen wollen. Die Red.



Die Form, in welcher der Arbeitslohn auf den Arbeiter übergeht, mit anderen Worten das Lohnsystem, verliert sofort an Bedeutung, wenn wir den Arbeitslohn von der Warte der Konsumtion aus betrachten; denn unter diesem Gesichtspunkt beansprucht lediglich die Lohnhöhe ein Interesse. Dieses Interesse spiegelt sich in den zahlreichen Lohntheorien wider, die uns die Volkswirtschaft bis heute geschenkt hat. Zu den pessimistischen Theorien zählt die Lohnfondstheorie. Nach dieser Theorie wird der Produktionsfaktor Arbeit durch einen bestimmten Teil des Produktivkapitals, den sogenannten Lohnfonds, bezahlt. Steigt das Angebot an Arbeitskräften, so muß sich jede einzelne Arbeitskraft bei Vermeidung von Arbeitslosigkeit mit einem kleineren Lohnanteil begnügen, weil eben der Lohnfonds in seiner Größe feststeht. Eine Erhöhung des Lohnes kommt somit nur bei einer Erhöhung des Lohnfonds in Betracht, selbstverständlich nur, wenn dann wieder das Angebot an Arbeitskräften gleichbleibt. Wenn auch diese Theorie jegliche gewerkschaftliche Tätigkeit auf dem Gebiet des Lohnes zur Erfolglosigkeit verdammt, so läßt sie dem Streben nach Lohnerrhöhung

immerhin noch einen Weg offen: den der Vergrößerung des Lohnfonds.

Tiefer und deshalb hoffnungsloser in das Gebiet der Mechanistik, d. h. der Erklärung alles wirtschaftlichen Geschehens nach mechanischen Naturgesetzen, führt das e h e r n e Lohngesetz Cassalles. Hier wird der Arbeiterschaft noch die freie Bestimmung des Verhältnisses zwischen Arbeitsangebot und Lohnfonds durch ein Naturgesetz genommen. Das eherne Lohngesetz ist an Grausamkeit kaum zu überbieten und macht deshalb dem agitatorischen Talent Cassalles alle Ehre. Die göttliche Institution der Familie wird dadurch unter dem kapitalistischen System zum Gluck. Ausreichendes Auskommen ist über das biologische Naturgesetz: „gehobene Lebenshaltung — große Nachkommenschaft“ mit Siend und Armut zu einer an Dantesche Verdammnis erinnernde Gleichmäßigkeit gefuppelt. Es entspricht nicht nur einer unwissenschaftlichen Gefühlsreaktion, wenn wir heute dieses Gesetz als unzutreffend ablehnen.

Das düstere Fatum des Naturgesetzes liegt über diesen Theorien. Die Auslehnung gegen eine derartige Unterstellung des Menschen unter nackte wirtschaftliche Gesetze ist in der jeelischen Beschaffenheit des Menschen begründet. Vollständig übergehen dürfen wir den Lohnfonds jedoch nicht. Wir müssen tatsächlich einen zahlenmäßig begrenzten Subsistenzfond, d. h. einen den vorhandenen Lebensmitteln (im weitesten Sinne) gleichartigen Kapitalteil annehmen, aus dem die Löhne bestritten werden. Das wird sofort einleuchtend, wenn wir uns überlegen, daß bei einer Erhöhung der Löhne und der sich hieraus ergebenden Nachfrage nach Lebensmitteln die Preise für dieselben nur dann gleichbleiben, wenn der Nachfrage ein erhöhtes Angebot parallel geht. Ja

einem vielleicht durch Witterungsverhältnisse von der Umwelt abgeschlossenen Goldgräberdorf ist die entsprechende Gegengabe in Goldstaub für ein Liter Milch natürlich viel größer als in anderen Gegenden mit unbegrenztem Milchangebot. Aus diesen Betrachtungen ergibt sich aber, wie schon oben angedeutet, von selbst die Möglichkeit einer Erhöhung des Reallohnes eben durch Vergrößerung des Subsistenzfonds. Hiermit berühren wir aber ein Problem, das wegen der Fülle der darin enthaltenen Begriffe zu den allerschwierigsten gehört. Der Kapitalismus hat, das steht fest, die Bedarfsgüter der Zahl und Art nach ungeheuer vermehrt. Es fragt sich nur, wie die Arbeiterschaft an diesem Aufschwung teilgenommen hat. Selbst wenn in der Lebenshaltung der Arbeiter eine Besserung eingetreten ist, steht immer noch nicht fest, ob diese Besserung nicht hinter dem Aufschwung der Produktion zurückgeblieben, d. h. eine relative Verarmung eingetreten ist. Da der Arbeiter zu allen Zeiten neben seiner Eigenschaft als Konsument auch zugleich Schöpfer der materiellen Verbrauchsgüter war, können wir die Frage auch anders formulieren: Wie hat sich der Anteil des Arbeiters am Produkt geändert? Mit anderen Worten: wir haben hier die Frage nach dem Wertanteil der Arbeit an der Produktion, die ihre extreme Beantwortung in dem Verlangen nach dem Recht auf den vollen Arbeitsertrag findet.

Bevor wir jedoch hier weitergehen, wollen wir noch einmal die sich aus der Lohnfondstheorie in Verbindung mit dem ehernen Lohngesetz ergebende Lohnhöhe unter die Lupe nehmen. Die Größe des Lohnfonds bestimmt die Grenze der Lohnhöhe nach oben. Lohnhöhe ist Lohnfonds geteilt durch Arbeiterzahl. Das eherner Lohngesetz sagt aus, daß die Lohnhöhe periodisch gegen diese obere Grenze gleichsam elastisch anprallt, um dann wieder in die Tiefe geschleudert zu werden. Es wäre aber nach dem Gesetz leicht möglich, daß aus dieser Wellenbewegung ein Stillstand wird, wenn nämlich die Lohnhöhe so bemessen ist, daß der Arbeiter in seiner Familie gerade noch den Ersatz seiner Arbeitskraft hochziehen kann. Dieser Lohn müßte dann als Existenzminimum betrachtet werden und entspricht seiner Größe nach dem Marx'schen Lohnanteil am Produkt. Das Gleichgewicht kann dann nur

nach oben oder unten gestört werden, wenn sich der Lohnfonds hebt bzw. senkt oder aber Arbeitskräfte von außen zuwandern. Sinkt die Lohnhöhe unter das Existenzminimum, so sprechen wir von einem *Darbemimum* (Brauer). Bei dem Existenzminimum sind wenigstens noch einige kulturelle Bedarfsgüter eingeschlossen. Man hat den Begriff vom *Kulturminimum* geprägt, das im Existenzminimum enthalten sein müsse.

Die Bildung, die durch die im Kulturminimum gewährten Mittel gepflegt werden soll, ist ein Produkt der Ausbildung. Damit legen wir einen neuen, vielleicht den bedeutsamsten Herd von Schwierigkeiten am Körper des Minimums bloß. Der Arbeiter hat ja nicht nur für sich zu sorgen; er hat auch die Aufgabe, den Ersatz für seine Arbeitskraft heranzuziehen. Wir können bei dem Heranwachsen eines jungen Menschen zwei Kostenteile unterscheiden: die *Kosten für das allgemeine Aufziehen* (Lebenskosten, Volksschulkosten); die *Kosten für die besondere fachliche Ausbildung*.

Das Problem des Familienlohnes öffnet sich hier unserem Blicke. Die Menschheit ist heute derartig rationalistisch eingestellt, daß sie das Hauptgewicht bei der Betrachtung des Lohnes auf seine Eigenschaft als Kostenelement in der Produktion legt, so daß in dieser dürren Welt der Rechenhaftigkeit für den Familienlohn (Bedürfnislohn) kein Platz ist. Mit dieser Anschauung liebäugelt auch ein großer Teil der Arbeiterschaft, weil sie in der Theorie von der sogenannten Arbeitsmasse befangen ist. Diese Theorie besagt, daß in der gesamten Wirtschaft immer nur eine bestimmte Menge von Arbeit zu vergeben ist. Bei dem durch den Familienlohn begünstigten Mehrangebot von Arbeitskräften entfällt auf den einzelnen eine geringere Menge von Arbeits- bzw. Verdienstmöglichkeit. Ein anderer, mehr praktisch blickender Teil befürchtet, daß durch die Differenzierungsmöglichkeit beim Familienlohn die ledige Arbeiterschaft auf ein nacktes Existenzminimum herabgedrückt wird. Weiter sei hier nicht darauf eingegangen, nur sei noch die katholische Auffassung hierüber erwähnt (Muhler), welche die Besonderheit der menschlichen Arbeitskraft (Nichtvertretbarkeit durch tierische oder mechanische Kraft) im Produktionsprozeß hervorhebt. Und nun hat der Mensch — als Träger dieser nichtvertretbaren Arbeitskraft — im Gegensatz zu einer Maschine auch das Bedürfnis und die Aufgabe, sich fortzupflanzen; das ist die subjektive Eigentümlichkeit des Menschen.

Von dem Bedürfnis und der Aufgabe, sich fortzupflanzen, mag der Kapitalismus, immerhin nur das letztere gelten lassen, denn er braucht Ersatz. Nun gibt es aber parasitische Gewerbebezüge (Webb), die, wenn das ansässige Menschenmaterial infolge Gewährung eines Existenzminimums (also nur zur Lebensfristung des Arbeiters selbst) verbraucht ist, den Ersatz aus der Ferne herbeiholen. Derartige Gewerbe leben von der Substanz der Volkskraft, ähnlich wie eine Unternehmung, die keine Abschreibungen an Maschinen und Werkzeugen macht, das Kapital vermindert. Um die Volkskraft zu erhalten, müßte also, rein kaufmännisch betrachtet, jeder Familienvater in seinem Lohne auch die Kosten für das Aufziehen seines Sohnes zurückhalten. Man kann direkt die Produktionskosten eines aus der Schule austretenden jungen Menschen berechnen, und es hat auch nicht an Versuchen gefehlt, dies zu tun (Engel). Bis hierhin ist alles klar. Jedem „Nachwuchs produzierenden“ Familienvater muß im Lohn diese ziemlich konstante Ausgabe ersetzt werden. Nun aber beginnt die Schwierigkeit. Bis zum 14. Lebensjahr muß der Vater für die Kosten aufkommen, teils weil die Ausbildung staatlicher Zwang ist (Volksschule), teils weil der Junge nach den heute geltenden Ansprüchen auch an die unqualifizierteste Kraft ohne diese Grundbildung gar nicht weiterkäme. Nun aber kommt die Frage: Soll der Junge weiterlernen (bzw. weiterkosten) oder soll er sein Brot als ungelerner Arbeiter verdienen? Wenn der Vater nur einigermaßen „väterlich“ denkt, wird er für seinen Sohne das Beste wollen, d. h. er will etwas aus ihm machen. Wie stellt sich aber der Unternehmer dazu, bei dem der Vater beschäftigt ist? (Fortf. folgt.)

G. Baumann.



Wengert

Mittag in der Fabrik

Die Arbeitslosenversicherung und ihre Gegner

Ihr laßt den Armen schuldig werden,
Dann übergebt ihr ihn der Pein.



In diese Worte Goethes wird man unwillkürlich erinnert, wenn man sich den Kampf um die Arbeitslosenversicherung betrachtet. Es ist bewundernswert, mit welchem Mangel an sozialer Verantwortung Kreise der bürgerlichen Schichten, der Presse, des Unternehmertums und vor allem auch der politischen Parteien über die Reform der Arbeitslosenversicherung beraten und wie man aus einem notwendigen Stück Sozialpolitik lediglich ein Stück Mathematik machen will, ohne sich die ungeheuren Konsequenzen auf Volksleben, Volksgesundheit und Volkszukunft klar zu machen. (Siehe auch Verbandsorgan Nr. 29.)

Nach wie vor werden Mängel an der Arbeitslosenversicherung — aber wohlweislich in den meisten Fällen ohne jede genaue Angabe der Person und des Ortes — durch die Presse kolportiert und finden schmachenden Mutterboden in manchen Teilen des Bürgertums. Wir wollen hier nochmals anführen, daß die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung nach eifrigem Durchstöbern der Akten aus einer Armee von 2,4 Millionen Erwerbslosen ganze 40 Fälle berechtigter und konkreter Mißbrauchsfälle feststellen konnte. Sonst grenzen die angeführten Mißbrauchsfälle hart an Lügen, zum mindesten sind sie außerordentlich einseitig gefärbt.

Wir brauchen auch nicht zum Ueberfluß immer und immer wieder betonen, daß die Arbeiterschaft sich dem Drängen nach Abstellung von Mißbräuchen nicht in den Weg stellen wird. Aber wenn heute von Reform geredet wird, dann denken manche Kreise im stillen an einen Abbau. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ließ in ihrer Denkschrift vom 1. Mai keinen Zweifel darüber, daß es ihr um einen Abbau zu tun ist.

Mittlerweile ist in den politischen Parteien, bei denen ja im Herbst die Zukunft der Arbeitslosenversicherung ruht, gut vorgearbeitet worden. Die Vorschläge der Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Partei gleichen in bezug auf die Arbeitslosenversicherung so ziemlich wie ein Ei dem anderen und tragen im Kern das Zeichen: Abbau der Arbeitslosenversicherung. Wenn wir uns hier mit der Haltung der politischen Parteien beschäftigen, so geschieht das lediglich aus dem Grunde, die Arbeiterinteressen, die in Gefahr sind, zu schützen; aber auch, um unsere Kollegen, soweit sie Mitglieder jener Parteien sind, auf das bedenkliche Beginnen ihrer Parteien aufmerksam zu machen.

Der demokratische Antrag sieht besonders für die Saisonarbeiter Verschlechterungen vor. Im allgemeinen wird die Höhe der Unterstützung wesentlich herabgesetzt und die Unterstützungsdauer von 26 auf 14 Wochen verkürzt. Die Vorschläge der Deutschen Volkspartei gehen dahin, daß zunächst den Saisonarbeitern in den ersten drei Wochen keine Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird. Außerdem soll ein allgemeiner Abbau der Unterstützungssätze für alle Anwartschaften unter 52 Wochen erfolgen. Man sieht, die Parteien der Hochfinanz und des Unternehmertums schneiden gründliche Stücke aus der Arbeitslosenversicherung heraus, was aber bei der Strömung in diesen Parteien eigentlich nicht sehr verwunderlich ist.

Bedauerlich bleibt die Haltung der Deutschnationalen Volkspartei. Ihre Vorschläge besitzen ihr Schwergewicht — ähnlich wie die Vorschläge der beiden anderen Parteien — in der Verlängerung der Wartezeit. Der Vorschlag geht von der Voraussetzung aus, daß jeder Arbeitnehmer für einen gewissen Zeitraum das Risiko einer Arbeitslosigkeit selbst übernehmen muß. Er soll eine Art „Selbstversicherung“ vornehmen und gewissermaßen gezwungen werden, einen Teil seines Lohnes als Spargeld für die Zeit der Arbeitslosigkeit zurückzulegen. So soll die Arbeitslosenunterstützung — statt wie jetzt generell nach 7 Tagen — gewährt werden vom Tage der Arbeitslosmeldung ab bei den Arbeitslosen

der Lohnklasse I	nach Ablauf von 8 Tagen,
„ „ II	„ „ 9 „
„ „ III	„ „ 11 „
„ „ IV	„ „ 13 „
„ „ V	„ „ 15 „
„ „ VI	„ „ 17 „
„ „ VII	„ „ 19 „
„ „ VIII	„ „ 21 „
„ „ IX, X, XI	„ „ 24 „

Für jeden zuschlagsberechtigten Angehörigen vermindert sich diese Wartezeit

- in der Lohnklasse I um ¼ Tag, höchstens um 1 Tag;
- in der Lohnklasse II um ½ Tag, höchstens um 2 Tage;
- in der Lohnklasse III und IV um 1 Tag, höchstens um 4 Tage;
- in der Lohnklasse V und VI um 1½ Tage, höchstens um 6 Tage;
- in der Lohnklasse VII, VIII, IX, X, XI um 2 Tage, höchstens um 7 Tage.

Die vorgeschlagenen Wartezeiten sind nun so bemessen, daß die Arbeitnehmer der Lohnklassen I bis III ein Vierteljahr lang monatlich etwa 1½ bis 2 Prozent, die der Lohnklassen IV bis VIII etwa 3 bis 6 Prozent und die der Lohnklassen IX bis XI etwa 7½ Prozent ihres Lohnes zurücklegen müßten, um einen Betrag anzusammeln, der der Arbeitslosenunterstützung entspricht, die sie bei dem jetzigen Rechtszustand in der Zwischenzeit erhalten hätten.

Ob man sich überhaupt Vorstellungen gemacht hat über die Höhe der Löhne in den unteren und mittleren Lohnklassen und die sich daraus ergebenden „Sparmöglichkeiten“? In diesen Lohnklassen reicht der Lohn gerade aus, um von der Hand in den Mund zu leben. Politische Parteien glauben aus einem miserablen Lohn noch Spargelder für eine vergrößerte Zeitspanne der Arbeitslosigkeit herausquetschen zu können. Bei den Saisonarbeitern würde die Wartezeit noch erheblich darüber hinaus gesteigert.

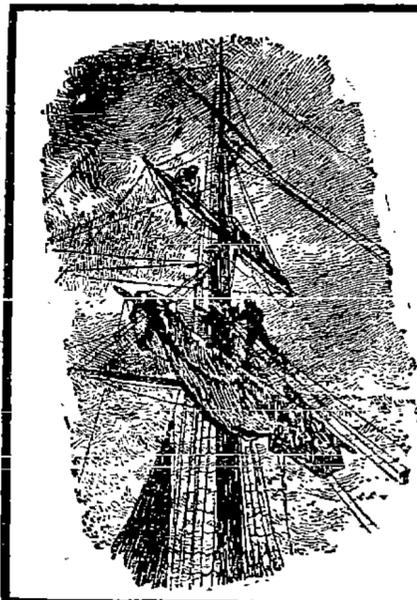
Man erwartet von diesen Vorschlägen, neben der starken finanziellen Entlastung der Reichsanstalt, eine nicht unerhebliche Steigerung des Arbeitswillens sowie ein gesteigertes Bestreben, Füllarbeit während dieser Zeit der berufsüblichen

Stempellied

Arbeitgeberzeitung Nr. 19, 1929.

Leben ist jetzt ein Vergnügen
Hier auf dieser schönen Welt;
Ist der Ausweis uns gestempelt
Dann erhält man auch sein Geld.
Darum soll man da noch schustern
Wenn das Nichtstun wird bezahlt?
Müßten Summe müßigen, puzien,
Ob es warm ist oder kalt.
Darum, liebe Stempelbrüder,
Macht euch keine Sorgen mehr!
Pflicht des Staates ist's zu sorgen
Für den Stempelpensionär.

Was sagt die Arbeiterschaft zu dieser Verhöhnung ihrer Forderung?



Bei Sturm und Wetter auf hoher See

packt alles an, um das Schiff flott zu halten.

Heute tobt Sturm um die Sozialversicherung

Da gilt es für die Kollegenschaft, die Front des Verbandes möglichst zu stärken durch Mitarbeit und Werbung bei den Unorganisierten.

Ein starker Verband zerschlägt die Angriffe der Reaktion

Arbeitslosigkeit zu übernehmen. Die Konsequenz, die sich daraus ergibt, kann gar nicht anders lauten, als daß die deutsche Arbeitnehmerschaft eine Herde von faulen, arbeitsunwilligen und arbeitscheuen Menschen sei, die man nur mit der Peitsche des Zwanges an die Arbeit bringe. Wir haben bisher die Meinung der Deutschnationalen Volkspartei über die Arbeitnehmerschaft doch für höher eingeschätzt. Wir bedauern, wenn wir uns darin korrigieren müssen. Hat man vielleicht einmal nachgerechnet, wieviel Süllarbeitsplätze frei sind bei einer Arbeitslosenziffer von 2,5 bis 3 Millionen? Und was soll mit den anderen geschehen? Ja, strengen denn deutsche Arbeiter, wenn sie arbeitslos geworden sind, nicht im großen alle Kräfte an, um wieder in Arbeit zu kommen? Man scheint fast zu glauben, der deutsche Arbeiter sei geradezu von einer Sucht nach Arbeitslosigkeit befallen, nur um die Arbeitslosenunterstützung zu erhalten. Das und nichts anderes steht zwischen den Zeilen dieser Vorschläge geschrieben. Mittel, um gewisse Mißbräuche im Keime zu ersticken, gibt es genug. Vergleiche Artikel dieser Nummer: „Arbeitslosenversicherung und öffentliche Fürsorge“.

Neben der Verlängerung der Wartezeit soll natürlich die Unterstützungsdauer wesentlich gekürzt werden. Nach dem geltenden Recht hat jeder Arbeitnehmer nach 26wöchiger Beschäftigung in einem versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis Anspruch auf Unterstützung für gleichfalls 26 Wochen. Diese Unterstützungsdauer soll auf 13 Wochen ermäßigt werden. Erst wenn der Arbeitnehmer länger als 26 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat, erhöht sich auch die Zeit, für die er Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hat, entsprechend, und zwar:

bei einer Anwartschaftszeit von 34 Wochen auf 16 Wochen,			
" " " " 39 " " 19 "			
" " " " 43 " " 22 "			

bei einer Anwartschaftszeit von 47 Wochen auf 24 Wochen,

" " " " 52 " " 26 "

Eine solche „Reform“ ist nichts weiter als ein Abbau und hat mit sozialpolitischem Verständnis wenig zu tun. Daß Unternehmer und Hochfinanz sich für eine solche „Reform“ einsetzen, mag verständlich erscheinen; nicht verständlich aber ist es uns, daß, wie der „Arbeitgeber“ vom 15. Juli 1929 rühmend hervorhebt, auch die industriellen und landwirtschaftlichen Arbeitnehmervertreter der DNVP für diese Vorschläge der Deutschnationalen Volkspartei eingetreten sind.

Die Kollegenschaft sieht, daß hier bei einem fundamentalen Sozialversicherungszweig alles auf des Messers Schneide steht. Schon sind starke politische Parteien in Frontstellung für einen Abbau eingerückt. Die Arbeiterschaft muß sich klar darüber werden, daß eine Sanierung der Finanzen der Reichsanstalt nur möglich ist entweder auf dem Wege der Kürzung der Leistungen, das bedeutet einen Abbau eines sozialen Rechtes, oder aber auf dem Wege der Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung. Andere Wege gibt es nicht. Wer das zweite nicht will, muß eine Kürzung der Leistungen wollen und das heißt in den meisten Fällen gar nichts anderes als Steigerung der Not in den Arbeiterfamilien.

Die Arbeiterschaft hat in der Behandlung der Arbeitslosenversicherung einen erneuten Beweis, daß die Rechte der Arbeiterschaft dadurch noch nicht feststehen, wenn sie in der Verfassung „verankert“ oder ein Gesetz sind. Solange nicht hinter dem Recht die geschlossene Macht der Gewerkschaft steht, ist auch ein Arbeiterrecht nur ein Fehendes Papier. Gerade diese Stunde der Gefahr sollte auch den letzten unorganisierten und auf unserem Boden stehenden Metallarbeiter die Notwendigkeit nahelegen, sich dem Verbands anzuschließen. An unseren Kollegen liegt es, den Unorganisierten diese Erkenntnis beizubringen. Wbr.

Die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten

Ueber diesen bedeutsamen sozialen Fortschritt, wie er in den Verordnungen des Reichsarbeitsministers vom 22. Mai 1925 und vom 11. Februar 1929 zum Ausdruck kommt und wofür ganz besonders unser Verband fast zehn Jahre wirkte und kämpfte, ist nunmehr ein umfangreiches Schriftwerk erschienen. Bearbeitet wurde dasselbe von den Ministerialräten im Reichsarbeitsministerium, Dr. M. Bauer und Dr. J. Krohn, sowie Regierungsrat Dr. Engel vom Reichsgesundheitsamt und Prof. Dr. S. Koelsch, Ministerialrat im Bayerischen Ministerium für Landwirtschaft und Arbeit. Das Werk erschien als Heft 12 der von Prof. Doktor Martineck herausgegebenen Schriftenreihe zum Reichsarbeitsblatt „Arbeit und Gesundheit“ (356 Oktavseiten, Preis 8 RM, Verlag von Reimar Hobbing in Berlin SW 61).

Die zweite Verordnung setzt die durch die erste angebahnte Entwicklung unter Verwertung der inzwischen gewonnenen

Erfahrungen und Forschungsergebnisse fort, indem sie gemäß unserer Anträge und der Vorarbeit im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat weitere — im ganzen 22 Arten — gesundheitliche Schädigungen der Berufsarbeit in die Entschädigungspflicht und die Versicherungsmaßnahmen der Unfallversicherung einbezieht.

Die Durchführung dieser Verordnung stellt die Ärzte, Versicherungsträger und nicht zuletzt auch die Versicherten und ihre Vertreter vor neue und schwierige Aufgaben. Versicherungsjuristen und Versicherungstechniker, praktische Ärzte und tüchtige Gewerbehygieniker geben für die Erfüllung dieser Aufgabe mit diesem Buche einen Führer, auf welchen alle beteiligten Kreise nicht verzichten werden können. Insbesondere können wir unseren Sekretariaten und Ortsverwaltungen die Anschaffung dieses Buches nur empfehlen. Als Nachschlagewerk in vorliegenden Fällen ist dasselbe unentbehrlich, und für einschlägige Vorträge in Unterrichtskursen

und Versammlungen bietet es auch für den Laien gutes Material.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir hinweisen auf die Rückwirkung dieser zweiten Verordnung, die sowohl vorliegt hinsichtlich des Versicherungsfalles als auch der Beschäftigungszeit, aber welche nach der neueren Auslegung zur Voraussetzung haben muß, daß die Berufskrankheit beim Inkrafttreten dieser noch bestand, d. h. der so Erkrankte hätte zu einem Entschädigungsanspruch noch leben müssen. Der Reichsrat — so wird uns von anderer Seite berichtet — hätte bewußt, trotz der Härten, die darin liegen, diesem Text der

Vorlage und dieser Auslegung zugestimmt, weil die Feststellung der Todesursachen nach Jahren zu angeblich unüberwindlichen Schwierigkeiten führen könnte. Dadurch hätten also jene Hinterbliebene, deren Ernährer vor dem Inkrafttreten dieser zweiten Verordnung an einer der anerkannten Berufskrankheiten verstorben sind, leider keinen Anspruch mehr auf diese Rückwirkung. In den Vorverhandlungen zu dieser Verordnung ist eine solche Auslegungsmöglichkeit nicht erwähnt worden, sondern hier herrschte eine sozialere und gerechtere Auffassung, die jedoch mal wieder — wie so oft — auf der Strecke geblieben ist. Mauer.

Arbeitslosenversicherung und öffentliche Fürsorge

Uewisse sozialreaktionäre Kreise stürmen in letzter Zeit mit aller Wucht gegen die Sozialversicherung im allgemeinen und gegen die Arbeitslosenversicherung im besonderen an. Man kann sehr wohl von einer großangelegten Aktion, von einem Generalangriff auf die Arbeitslosenversicherung reden.

Angeichts dieses Kampfes gegen die Arbeitslosenversicherung erscheint es notwendig, darauf hinzuweisen, daß heute schon Mittel und Wege genügend vorhanden sind, um einer mißbräuchlichen Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung wirksam entgegenzutreten. Schon die gesetzlichen Bestimmungen sagen klar und deutlich, wer und unter welchen Bedingungen jemand Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hat; sie sagen ferner, daß derjenige, der sich weigert, ohne berechtigten Grund eine Arbeit anzunehmen oder anzutreten, für vier Wochen keine Unterstützung erhält usw. Bei diesen gesetzlichen Bestimmungen ist es aber nicht geblieben. Dazu kamen ergänzende, die vermeintlichen Rechte der Arbeitslosen vielfach einschränkende Erlasse des Reichsarbeitsministers und des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, es kommen zahlreiche Entscheidungen des Spruchsenats für Arbeitslosenversicherung hinzu, und wer in Ausschüssen

der Landesarbeitsämter und der Arbeitsämter tätig ist, der weiß, daß mit allen Mitteln versucht wird, die Zahl der Arbeitslosen zu verringern durch Kontrollen, ärztliche Untersuchungen, Zuweisung von Arbeit u. a. m. Dabei werden manchmal Praktiken angewandt, die den Arbeitslosen körperlich und seelisch außerordentlich hart treffen.

Vor kurzer Zeit erst hat der Präsident der Reichsanstalt den Landesarbeitsämtern und den Arbeitsämtern in einem Erlaß „Maßnahmen gegen ungerechtfertigte Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung“ zur „besonderen Beachtung“ unterbreitet. In Wirklichkeit könnte man von verschärften Maßnahmen gegenüber den Arbeitslosen sprechen. Wir greifen nur einige Punkte heraus, um zu zeigen, daß von einem „herrlichen Leben der Stempelbrüder“ keine Rede sein kann.

Nach Paragraph 88 ist im Sinne des Arbeitslosenversicherungsgesetzes **a r b e i t s f ä h i g**, wer imstande ist, durch eine Tätigkeit, die seinen Kräften und Fähigkeiten entspricht, und ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufes zugemutet werden kann, wenigstens ein Drittel dessen zu erwerben, was geistig und körperlich gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen. Dazu sagt der Erlaß des Präsidenten der Reichsanstalt, daß im Zweifelsfalle ein vertrauensärztliches Gutachten über die Arbeitsfähigkeit große Bedeutung haben kann. Die über den Unterstützungsantrag entscheidende Stelle könne jedoch davon abweichend entscheiden, wenn sie auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen zu einem anderen Resultat kommt. Mit anderen Worten: Der Vorsiehende oder der Spruchauschuß des Arbeitsamtes kann **A r b e i t s u n f ä h i g k e i t** feststellen und einem Arbeitslosen die Unterstützung versagen, auch dann, wenn der Vertrauensarzt Arbeitsfähigkeit konstatiert hat.

Ähnliche Auslegungen sind getroffen bezüglich der Arbeitswilligkeit Arbeitsloser. Häufig kommt es vor, daß Arbeiter nur für kurze Zeit entlassen werden. Früher nannte man das Aussehen, und den Ausgehenden wurde in der Regel keine Arbeit zugewiesen, da sie ja gewissermaßen einen Arbeitgeber hatten. Heute berechtigt die Aussicht, bei einem früheren Arbeitgeber wieder eingestellt zu werden, nicht zur Ablehnung einer anderen Arbeit. Der Arbeitslose darf sich auch nicht darauf berufen, daß ihm nur das Arbeitsamt eine Arbeit zuweisen könne. Es genügt vielmehr auch jedes andere Arbeitsangebot, das hinreichend deutlich erkennen läßt, daß es nicht abgelehnt werden darf, ohne daß die vierwöchige Sperre eintritt. Wenn demnach ein Arbeitgeber oder ein anderes als das zuständige Arbeitsamt oder ein außerhalb der Reichsanstalt stehender Arbeitsnachweis eine Stelle anbietet, die nicht gegen Paragraph 90 verstößt, so ist der Arbeitslose zur Annahme verpflichtet.

Sehr scharfe Anweisungen an die Fürsorgebehörden enthält ein Erlaß des Reichsarbeits- und des Reichsinnenministers vom 19. Juni d. J. Es wird darin zum Ausdruck gebracht, daß die Dienststellen der Arbeitslosenversicherung darüber klagen, daß die Fürsorgebehörden solche Arbeitslose, denen die Arbeitslosenunterstützung vier Wochen gesperrt ist, weil sie eine Arbeit unbeschäftigt abgelehnt oder sich einer Berufsumschulung wider-



Dans am Ende

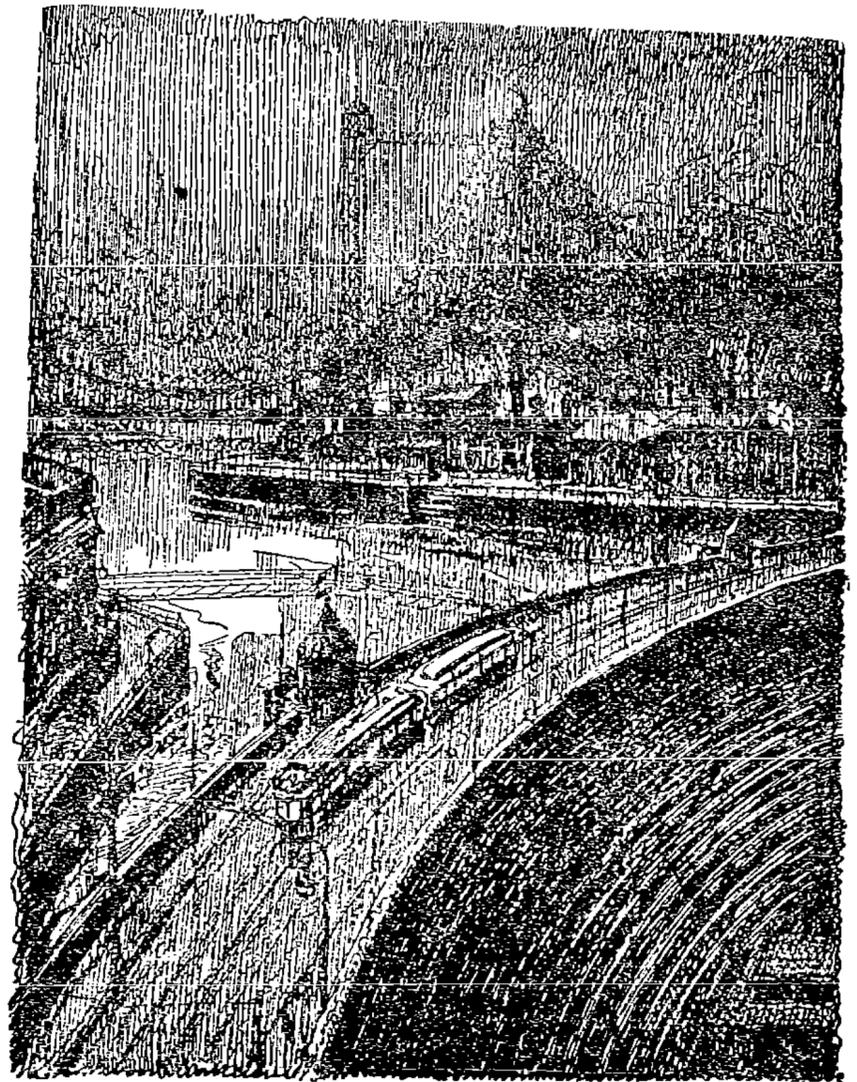
Sommer

jetzt haben, häufig mit Beträgen unterstützt haben, die der Arbeitslosenunterstützung gleichkamen, so daß diese Arbeitslosen während der Sperrfrist nicht schlechter standen. Dagegen wenden sich die Reichsminister in ihrem Erlaß und sagen:

„Es wird daher vor allem als eine Pflicht der Fürsorgebehörden bezeichnet werden müssen, in allen derartigen Fällen die Voraussetzungen der Hilfsbedürftigkeit aufs strengste zu prüfen und Art und Maß der Fürsorge auf das zur Fristung des Lebens Unvermeidliche zu beschränken. Unterstützungen sollen möglichst in Sachleistungen gewährt werden. Keinesfalls sollten laufende Barunterstützungen in demselben oder annähernd demselben Umfange gewährt werden, wie sie dem Arbeitslosen außerhalb der Sperrfrist als Leistungen der Arbeitslosenunterstützung zustehen würden.“

Wenn man all diese Maßnahmen, Kontrollvorschriften und so weiter zusammenfaßt, dann muß man sich wundern, daß weite Kreise noch strengere Bestimmungen fordern. Es dürfte doch nie aus dem Auge gelassen werden, daß die Arbeitslosen nicht freiwillig, sondern durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen, zum Feiern verurteilt sind. Bei dieser Sachlage wird ihnen kein vernünftig Denkender die notwendigen Existenzmittel versagen können und wollen. Die Arbeiterschaft hat das größte Interesse an diesen Fragen und müßte sich viel mehr in Versammlungen und Konferenzen damit beschäftigen, denn ihre Haut ist es, die hier gegerbt werden soll. Die organisierte Arbeiterschaft muß darüber hinaus gerade in den jetzigen Wochen den unorganisierten Arbeitern zum Bewußtsein bringen, welche Gefahren dem Arbeitslosenversicherungsgesetze drohen und muß sie zum Eintritt in den Verband auffordern. Sozialreaktionäre Bestrebungen werden durch Unorganisierte auch nicht auf Spiel- und Sportplätzen abgewehrt, sondern nur durch starke, von vorwärtstürendem Kampfergeist erfüllte gewerkschaftliche Organisationen.

Ungert.



Weber

Industriestadt

Der Wirtschaftskampf im fernen Osten



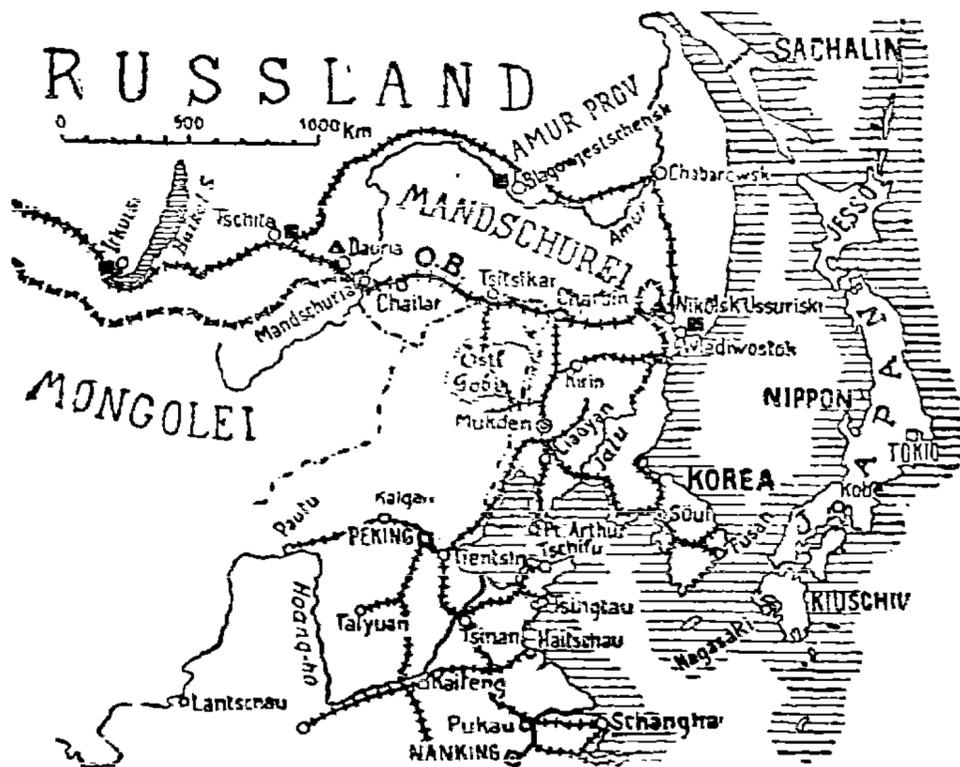
Da wollen sie sich die Köpfe um ein paar Eisenbahnschienen kaputthauen! — konnte man in den letzten Tagen als Illustration zu den Wirren zwischen Sowjetrußland und China häufig hören und dachte wahrscheinlich dabei an ein so dichtes Eisenbahnnetz, wie wir es in Deutschland haben. Aber im fernen Osten bedeutet eine Eisenbahnlinie viel, viel mehr. Auf einer Fläche von 3000 Kilometer im Durchmesser gibt es ganze drei Eisenbahnlinien (siehe Karte), von denen die mittlere, auf unserer Karte mit O. B. bezeichnet, die Chinesische Ostbahn, die strittige Linie ist. Vor Zeiten hatte das Zarentum sie von China „erworben“; Sowjetrußland nahm sie als Eigentum weiter in Besitz und be-

schuldigte jeden Chinesen des Diebstahls, der von „älteren Rechten Chinas“ sprach. Sowjetrußland ist auch darin der treue Sachwalter des imperialistischen Zarentums. Sowjetrußland kann gar nichts anderes als imperialistisch sein, schon aus seiner Idee der Weltrevolution heraus, wenn es auch seine Ziele mit einem anderen Mäntelchen bekleidet.

Rußland weiß genau wie die übrige Welt auch, welche ungeheuren wirtschaftlichen Zukunftsmöglichkeiten der Nordosten Chinas in sich birgt. Um sie zu erschließen und sie sich nutzbar zu machen, dazu bedarf man der Eisenbahnen. Es ist also lediglich ein ganz brutaler wirtschaftlicher Interessenskrieg, den Rußland unter der Devise „Freiheit des chinesischen Proletariats“ führt, angezettelt und geführt in der Art, die jedem hochkapitalistischen Staat Ehre machen würde.

Sowjetrußland will diese Eisenbahn in der Faust halten, genau so wie man jetzt darangehen will, eine neue Bahn in die der Mandchurei benachbarte Mongolei zu legen, um die Schätze der Mongolei ausbeuten zu können. Heute ein Gebiet fast dreimal so groß wie Deutschland mit einer Million Nomaden, die sich kärglich von Viehzucht und Jagd nähren, bietet es riesenhafte Ausbeute des Bodens. Heute noch verhindern die Mongolen aus religiösen Gründen die Ausbeutung der Bodenschätze, weil der Boden den Göttern heilig ist. Bis heute sind zehn Kohlenlager aufgefunden worden, die alle an der Erdoberfläche liegen; fünf Eisenerz-lager, wie sie in Europa unbekannt sind. Es gibt zwei Berge, die vollständig aus Graphit bestehen. Von fünf entdeckten Kupferminen ist eine allein 40 Kilometer lang. Gold und Silber sind in großen Mengen vorhanden. Die Salzlager sind ungewöhnlich groß; es existieren ganze Salzberge und zwölf Salzseen hat man allein im Gebiet von Koldo angetroffen. Daneben gibt es Petroleum, Zink, Schwefel, Quecksilber, Oker usw.

Man sieht, die Möglichkeiten für eine chemische, Metall-, Züchten- und Bergbauindustrie sind geradezu gewaltig. Billige Arbeitskräfte sind in Zehntausenden von Chinesen zu haben, und die Lage in Mittelasien neben einem Land wie China



Das Wirtschaftsgebiet des Ostens

mit einem der größten Absatzgebiete des Weltmarktes ist sehr günstig. Von hier aus kann China mit all den Produkten versehen werden, die es heute aus Europa, Amerika und Japan bezieht. Deshalb hat Sowjetrußland ein so großes Interesse an der Zukunft dieser Gebiete, mit denen es schon politische Verträge abgeschlossen hat, und mit ihm die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die durch ihre politischen und wirtschaftlichen Belange in China und auf den Philip-

pinen wesentlich an der weiteren Entwicklung der asiatischen Verhältnisse interessiert sind.

Deshalb suchen heute Amerika und Europa in China die „heiligsten Güter“ zu wahren, und deshalb redet Sowjetrußland von der „Befreiung des chinesischen Proletariats“. Aber hinter beiden grinst das Gesicht nackter kapitalistischer Interessen, kraft deren man ein uraltes Kulturvolk ausbeuten will.

Wr.

Branchenbewegung

Klempner und Installateure

Oberhausen. Unsere Fachgruppe der Klempner und Installateure hielt vor kurzem im Lokale „Fürst Bismarck“ in Oberhausen ihre Monatsversammlung ab. Kollege Matthias Weyer eröffnete die Sitzung und ließ die anwesenden Fachkollegen willkommen sein. Er begrüßte besonders den Gewerkschaftssekretär Kollegen Paul Renner, welcher von der Ortsverwaltung mit der Durchführung der Branchenarbeit betraut ist. Kollege P. Renner gab einen kurzen Rückblick über den Verlauf der letzten Tarifverhandlungen und geißelte besonders die eigenartige Stellung des sozialistischen Metallarbeiterverbandes beim Tarifabschluß. Das vom D.M.V. herausgegebene Flugblatt sowie Begleitschreiben der D.M.V.-Ortsverwaltung wimmelt von Unwahrheiten und stellt die Tatsachen geradezu auf den Kopf. Der anmaßende Ton dieses Erzeugnisses rief lebhafteste Belustigung bei den Anwesenden hervor. Zu Punkt „Branchenangelegenheiten“ entwickelte sich eine rege Diskussion. Die Versammlung steht auf dem Standpunkt, daß die Durchführung und Realisierung der Tarifverträge nicht zuletzt Sache der Kollegen selbst ist. Es darf nicht vorkommen, daß Fachkollegen unter Tarif arbeiten. Solche Elemente sind Berufschädlinge und machen die mühselige Arbeit unseres Verbandes illusorisch. Durch die Aussprüche wurden eine große Zahl Mißstände aufgedeckt (überlange Arbeitszeit, Lehrlingszüchterei, Urlaubverweigerung etc.). Es wird unsere Aufgabe sein, hier nach dem Rechten zu sehen. Dann wurde bedauert, daß so viele Kollegen des Elektrikerberufes, die doch mit uns an gleichen Baustellen tätig sind — nicht den Weg zu den Gewerkschaften finden können. Die Anwesenden beschloßen, nicht eher zu ruhen, bis auch der letzte Klempner organisiert ist. In der nächsten Versammlung soll ein Vortrag „Wasser- und Wasserversorgung der modernen Großstadt, unter Berücksichtigung der hiesigen Verhältnisse“ gehalten werden. Kollege M. Weyer hatte das Schlusswort und forderte alle Klempner zur tätigen Mitarbeit in unserer Fachgruppe auf.

Formerei- und Gießereiarbeiter

Witten. Was soll man über die Formerei sagen? Die Verhältnisse in den Gießereien sind wohl mit zu den ungünstigsten zu rechnen. Nicht nur daß eine körperliche schwere Arbeit von den Kollegen 3 T. unter starker Staubbildung verrichtet werden muß, auch die Behandlung der Kollegen läßt oft vieles zu wünschen übrig. Die Akkordpreise werden einfach diktiert. Kommt der Former nicht aus, dann gibt es Auseinandersetzungen und er kann froh sein, wenn ihm dann zugeschrieben wird. In einzelnen Gießereien fehlt das notwendige Material. Wie die Spindubben müssen die Kollegen denn das Zeug in der Bude zusammensuchen. In den Pußereien ist es nicht viel besser. Die Ventilation läßt fast überall zu wünschen übrig, in einzelnen Betrieben fehlt sie vollständig. Die Ursache liegt nicht zuletzt bei den Kollegen selbst, die zum großen Teil glauben, sie kommen ohne Gewerkschaft aus. In der am 13. Juli stattgefundenen Formerverammlung in Witten wurde die Branchensektion der Formerei- und Gießereiarbeiter des Christlichen Metallarbeiterverbandes wieder neu gebildet. Die Kollegen Seimbach und Weize wurden zu Vorständen gewählt. Allmonatlich soll eine Branchensammlung stattfinden. In den einzelnen Betrieben soll die Agitation unter den Kollegen einsehen, um den letzten Gießereiarbeiter, der weltanschaulich zu uns gehört, dem Christlichen Metallarbeiterverband zuzuführen. Von dem im September stattfindenden Formertag erwartet unsere Gruppe ein starkes Eintreten für die Besserung der Lage der Formerei- und Gießereiarbeiter.

Zum Streit im Kölner Installationsgewerbe

Ein Glasstück sozialistischer Demagogie.

Der sozialistische Metallarbeiterverband verbreitet in den letzten Tagen in fast ganz Deutschland das Gerücht, der Christliche Metallarbeiterverband betreibe im Kölner Installationsgewerbe Streikbrüche.

Unter der Überschrift „Unchristliches Verhalten der Christen“, „Ein Glasstück der Christen“ und anderen spiegelbildartigen Überschriften veröffentlicht der „Vorwärts“ und andere sozialistische Tageszeitungen einen Artikel, der die Tatsache auf den Kopf stellt und wirklich ein Glasstück sozialistischer Verlogenheit und Demagogie bedeutet.

Zur Aufklärung der Öffentlichkeit und zur Orientierung besonders der Arbeiterschaft, wollen wir kurz die Entstehungsgeschichte und den Verlauf der Installateurbewegung in Köln schildern:

Unser Verband war in der Nachkriegszeit am Tarifverträge für das Installateurgewerbe nicht beteiligt. Wir versuchten schon länger in diesen Vertrag hineinzukommen, jedoch ohne Erfolg.

Bei der jetzigen Lohnbewegung versuchte uns der sozialistische Metallarbeiterverband wieder auszuscheiden, trotzdem die Kölner Installationsfirmen bereit waren, auch mit uns einen Abschluß zu tätigen. Ein größerer Teil der Gehilfen ist bei uns organisiert, ein anderer beim sozialistischen Metallarbeiterverband, der Rest ist unorganisiert.

Bei dieser Ausschaltungspolitik des sozialistischen Metallarbeiterverbandes wandten wir uns erneut an den Verein Kölner Installateure um Abschluß eines Sondervertrages. Als wir auf unser Verlangen keine Antwort erhielten, ersuchten wir den Schlichtungsausschuß um Abschluß eines solchen Vertrages. Mittlerweile hatte aber der sozialistische Metallarbeiterverband, weil er mit den Arbeitgebern nicht zu Rande kam, ohne Anrufung des Schlichtungsausschusses bei den größten Firmen den Streik erklärt. Die Arbeitgeber riefen nun den Schlichtungsausschuß gegen den sozialistischen Metallarbeiterverband an.

Am Donnerstag, den 11. Juli fand die erste Verhandlung am Schlichtungsausschuß statt. Der Vorsitzende zog beide Anträge zu einer Sache zusammen. § 14 der Schlichtungsordnung vom 29. 12. 23. Darauf große Entrüstung bei den Genossen, weil man uns auch hier wieder ausschalten wollte. Eine Einigung war in den Vorverhandlungen nicht möglich, weil der sozialistische Metallarbeiterverband sich an den Verhandlungen nicht beteiligte, sondern nur nichtsagende Erklärungen abgab und den Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses veranlassen wollte, die Aktivlegitimation des Christlichen Metallarbeiterverbandes festzustellen. Also das, was die schlimmsten Reaktionäre als Kampfmittel gegen die Gewerkschaften gebrauchen wollten, was scharfmacherische Unternehmer-syndici und die „Deutsche Bergwerkszeitung“ gegen die Gewerkschaften forderten, das gleiche verlangt der sozialistische Metallarbeiterverband gegen eine andere Arbeiterorganisation. Pfui Teufel! Jetzt wird aber auch allmählich immer klarer, warum reaktionäre Unternehmer behaupten, sie könnten mit den Sozialisten besser zusammenarbeiten als mit den Christen. Die Reaktion hat selten bessere Bundesgenossen und bessere Schüler gehabt als die Sozialisten, wie vorliegendes Beispiel beweist.

Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses lehnte eine solche Zumutung nach Aktivlegitimation ab.

Eine Spruchkammer zu bilden war ebenfalls nicht möglich, weil die „Genossen“ sich weigerten, Beisitzer zu stellen. Daraufhin wurde die Sache auf Montag, den 15. Juli vertagt und die Parteien unter Strafandrohung zu einer offiziellen Schlichtungsausschusssitzung geladen. Der sozialistische Metallarbeiterverband erschien zu dieser Sitzung nicht, sondern sandte nur zwei „Beobachter“, welche den Lauf der Verhandlungen verfolgen sollten. Während der Schlichtungsausschuß Beschluß darüber faßte, ob der sozialistische Metallarbeiterverband in Strafe genommen werden solle, gelang es uns, mit dem Verein Kölner Installateure ein Lohnabkommen in freier Vereinbarung zu treffen.

Der Spitzenlohn der Installateure betrug bisher 1,42 M pro Stunde. Der sozialistische Metallarbeiterverband hatte eine Erhöhung von 10 Prozent = 1,56 M gefordert. Unsere Forderung lautete auf 1,57 M. Der sozialistische Metallarbeiterverband hatte in der ersten Lohnverhandlung laut Aussage des Syndikus Dr. Kappe von Installateurverband, die vom sozialistischen Metallarbeiterverband in der Schlichtungsausschusssitzung unwiderprochen geblieben ist, seine Forderung bereits auf 1,50 M ermäßigt, und der D.M.V. wäre bereit gewesen, auf folgender Basis abzuschließen:

1,47 M ab 16. Juli, 1,50 M ab 1. September.

Laufzeit bis Ende August 1930 also 13 Monate.

Unser getätigter Abschluß sieht folgendermaßen aus:

1,48 M ab 18. Juli, 1,52 M ab 29. August.

Laufzeit bis 30. September 1930, 13 Monate.

Die Lohnerhöhung beträgt danach ab sofort 6 Pfg. und ab 29. 8. 10 Pfg.

Ein solcher Abschluß ist im Laufe dieses Jahres, abgesehen von der Zentralbetriebsbranche, noch nicht getätigt worden. Die Gehilfen hätten diese Erhöhung durch Spruch eines Schlichtungsausschusses niemals bekommen.

Der sozialistische Metallarbeiterverband behauptet nun, der Abschluß des Christlichen Metallarbeiterverbandes bedeute ein Rückschritt und enthalte Verschlechterungen. U. a. seien die Zulagen für Mittagessen, auswärtige und schmutzige Arbeiten nicht geregelt worden. Kennt derselbe denn seine eigenen Tarife so schlecht? Auch ihm dürfte bekannt sein, daß diese Zulagen im Rahmentarif, der bisher nicht gekündigt ist, geregelt und sich die Zulagen automatisch mit der Erhöhung des Spitzenlohnes miterhöhen. Verschlechterungen nachzuweisen, zumal unser Abschluß sofort eine Erhöhung von 1 Pfg. mehr vorsieht als die angebliche Vereinbarung des sozialistischen Metallarbeiterverbandes, die Laufzeit mit 13 Monaten gleich ist, wird ihm sehr schwer fallen. Die angeblichen Verschlechterungen werden wohl ewig sein Geheimnis bleiben.

Am 17. Juli hat nun der Schlichtungsausschuß auf Anruf des Vereins Kölner Installateure gegen den sozialistischen Metallarbeiterverband erneut verhandelt und in Anlehnung an unsere Vereinbarung folgenden Schiedspruch gefällt:

„Nachdem zwischen einem Teil der Parteien schon eine Vereinbarung getroffen, die nach Ansicht der Schlichtungskammer eine erheblich stärkere Steigerung der Löhne bringt als bisher in den verschiedensten Zweigen des Kölner Wirtschaftslebens, vor allem auch des Baugewerbes, durch freie Parteivereinbarung bzw. Schiedsprüche zustande gekommen sind, sieht sich die Schlichtungskammer genötigt, folgende Regelung als Schiedspruch zu verkünden:

1. Mit dem Tage der Wiederaufnahme der Arbeit beträgt der Spitzenlohn 1,48 M. Ab 29. August 1929 erhöht sich der Spitzenlohn auf 1,52 M.
2. Diese Regelung kann mit vierwöchiger Frist erstmalig zum 31. September 1930 gekündigt werden.
3. Die Arbeit wird nach Annahme dieses Schiedspruches sofort auf der ganzen Linie nach Maßgabe der betrieblichen Möglichkeiten wieder aufgenommen. Das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen. Maßregelungen finden nicht statt.
4. Erklärungsfrist bis Mittwoch, den 24. Juli 1929, 12 Uhr gegenüber dem Schlichtungsausschuß

Protokollnotiz: Die Schlichtungskammer sieht davon ab, die Ausnahme der Lehrlingslöhne in den Tarif vorzuschlagen, da über die vorläufige Höhe der Lehrlingslöhne kein Streit besteht.

Anstatt nun auf Grund des Schiedspruchs sich aus der Sackgasse, in die man sich infolge eines überspannten Nachtdünkels verirrt hatte, geschickt herauszufinden, geht der DMD dazu über und pöbelt den Schlichtungsausschußvorsitzenden in der unslätigsten Weise an und bezichtigt ihn der Parteilichkeit. Im Auffinden eines Sündenbocks hatte man beim sozialist. Metallarbeiterverband immer Routine. Sätte der frühere sozialistische Metallarbeitersekretär und jetzige Reichsminister Severing den Metallarbeitern im rhein.-westf. Industriegebiet gelegentlich des großen Kampfes im vergangenen Jahr nur annähernd eine solche Lohnerhöhung bewilligt, wie der hiesige Vorsitzende des Schlichtungsausschusses wahrlich die Nordwestgruppenarbeiter wären ihm dankbar gewesen. Auch andere aus der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung hervorgegangenen Schlichter legten bei Lohnschießsprüchen sehr oft große Bescheidenheit an den Tag, welches von den Arbeitgebern mit der Anerkennung quittiert wurde, die freien Gewerkschaften hätten mehr wirtschaftliches Verständnis als die christlichen.

Dem Christlichen Metallarbeiterverband versucht man nun Arbeiterverrat und Streikbruch vorzuwerfen.

Fest steht, daß für uns kein Streik besteht, folglich berührt uns der Vorwurf des Streikbruchs nicht.

Dem Christlichen Metallarbeiterverband aber zuzumuten, mitzustricken, denselben, den man erst als Tarifkontrahent auszuschalten suchte, und der mittlerweile einen Vertrag abgeschlossen hat, der auch rechtliche Verpflichtungen auferlegt, nur um dem DMD, seinen festgefahrenen Karren wieder flott zu machen, kann nur der, der nicht mehr über den freien Gebrauch seiner Sinne verfügt.

Ausgerechnet der sozialistische Metallarbeiterverband erhebt den Vorwurf eines Streikbruchs. Streikbruch aber ist ihm als einziger Metallarbeiterorganisation gerichtsnotorisch schon bestätigt worden. Wenn der sozialistische Metallarbeiterverband glaubt, uns in dieser Branche in Köln an die Wand drücken zu können, ist er sehr auf dem Holzwege. Wir führen den Kampf um die Gleichberechtigung der Arbeiterchaft und wir werden auch den Kampf gegen das arbeiterschädigende, größenwahnsinnige Verhalten des sozialistischen Metallarbeiterverbandes Kölns zu führen wissen. ... e.

Aus den Betrieben

Lohnbewegung in der schlesischen Metallindustrie

Die Lohnbewegung in der niederschlesischen Metallindustrie ist beendet. Sie hat der Arbeiterschaft eine Lohnerhöhung ab 1. Juli 1929 von 4 Pfg. in der Spitze für den Zeitlohnarbeiter, und von 2 Pfg. für den Affordarbeiter gebracht. Nach Abschluß dieser Bewegung ist es wichtig, rückschauend die ganzen Verhandlungen noch einmal zu betrachten und die entsprechenden Lehren zu ziehen.

In Niederschlesien bestehen für die Metallindustrie drei große Tarifgebiete, das sind:

1. Das Tarifgebiet für den Verband Schlesischer Metallindustrieller E. V., Breslau;
2. Das Tarifgebiet für den schlesischen Verband des Metallgewerbes zu Breslau; und
3. Das Tarifgebiet des Verbandes der Metallindustriellen Niederschlesiens in Görlitz.

Diese drei Tarifgebiete erfassen jeder für sich eine große Zahl von Metallarbeitern. Mitte des Monats Mai kündigten die Arbeitgeberverbände den Lohnarif zum Ablauf am 30. Juni 1929. Gleichzeitig machten sie mit der Kündigung den Vorschlag, den neuen Lohnarif auf

Frau Regel Amrain und ihr Jüngster

Don Gottfried Keller.

V.

Erst jetzt merkte er, daß die Sache nicht richtig sei; tief errötend machte er sich fort, und als er über die Straße eilte und das rauschende Kleid ihm so ungewohnt gegen die Füße schlug, während der Nachtwächter ihm verdächtig nachsah, merkte er erst recht, daß das eine ungeeignete Tracht wäre für einen jungen Republikaner, in der man niemandem ins Gesicht sehen dürfe. Als er aber zu Hause angekommen sich hastig umkleidete, fiel es ihm ein, daß nun die Mutter allein unter dem Volke auf dem Rathause sitze, und dieser Gedanke machte ihn plötzlich und sonderbarerweise so zornig und besorgt um ihre Ehre, daß er sich beeilte, nur wieder hinzukommen und sie abzuholen. Auch glaubte er ihr einen rechten Ritterdienst damit zu erweisen, daß er so pünktlich wieder erschien, und alle etwaigen Unebenheiten dadurch aufs schönste auszugleichen. Frau Amrain aber empfahl sich der Gesellschaft und ging ernst und schweigsam neben ihrem Sohne nach Hause. Dort setzte sie sich seufzend auf ihren gewohnten Sessel und schwieg eine Weile; dann aber stand sie auf, ergriff das daliegende Staatskleid und zerriß es in Stücke, indem sie sagte: „Das kann ich nun wegwerfen, denn tragen werde ich es nie mehr!“

„Warum denn?“ sagte Fritz erstaunt und wieder kleinlaut. „Wie werde ich,“ erwiderte sie, „ein Kleid ferntragen, in welchem mein Sohn unter kiederlichen Weibern gefessen hat, selber einem gleichgehend?“ Und sie brach in Tränen aus und hieß ihn zu Bette gehen. „Hoho,“ sagte er, als er ging, „das wird denn doch nicht so gefährlich sein.“ Er konnte aber nicht einschlafen,

da sein Kopf sowohl von der unterbrochenen Lustbarkeit als von den Worten der Mutter ausgeregt war; es gab also Muße, über die Sache nachzudenken, und er fand, daß die Mutter einigermaßen recht habe; aber er fand dies nur insofern, als er selbst die Leute verachtete, mit denen er sich soeben vergnügt hatte. Auch fühlte er sich durch diese Auslegung eher geschmeichelt in seinem Stolge, und erst, als die Mutter am Morgen und die folgenden Tage ernst und traurig blieb, kam er dem Grunde der Sache näher. Es wurde kein Wort mehr darüber gesprochen; aber Fritz war für einmal gerettet, denn er schämte sich vor seiner Mutter mehr als vor der ganzen übrigen Welt.

Während einiger Monate fand sie keine Ursache, neue Besorgnisse zu hegen, bis eines Tages, als ein blühendes junges Landmädchen sich einfand, um den Dienst bei ihr nachzusuchen, Fritz dasselbe unverwandt betrachtete und endlich auf es zutrat und, alles andere vergessend, ihm die Wangen streichelte. Er erschrak sogleich selbst darüber und ging hinaus; die Mutter erschrak auch, und das Mädchen wurde rot und zornig und wandte sich, ohne weiteren Aufenthalt zu gehen. Als Frau Amrain dies sah, hielt



Als Frau Amrain dies sah, hielt

der bisherigen Grundlage unverändert bis zum 30. Juni 1931 abzuschließen. In der Begründung zu diesem Vorschlag sagten die Arbeitgeber, daß sie für den unveränderten Neuabschluß zunächst von der Tatsache ausgehen, daß eine längere Tarisdauer für die Betriebe in Schlesien eine zwangsläufige wirtschaftliche Notwendigkeit darstelle. Sie betonten weiter: „es dürfte auch im vollsten Interesse der Belagerten liegen, und sollte auch dazu dienen, trotz der wesentlichen Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage und insbesondere der Wirtschaftslage der schlesischen Metallindustrie bei gleichbleibenden Löhnen auf längere Zeit, die bisherigen Beschäftigungsmöglichkeiten zu halten und neue Arbeitsmöglichkeiten für die zur Zeit erwerbslosen Metallarbeiter zu schaffen“. Die Verhandlungen fanden für die drei Arbeitgeberverbände gemeinsam statt. Es wurde betont, daß die Verhandlungen in dieser Einheitlichkeit für die 3 Arbeitgeberverbände Arbeitersparnis bedeutet. Dieses Betonen der Arbeitersparnis ist sicherlich von der Arbeiterschaft mit großer Skepsis aufzunehmen. Eher kann man des Glaubens sein, daß die Arbeitgeber eine breitere Kampfbasis haben wollen. Man munkelt sogar, daß die Arbeitgeber dabei sind, weitere Arbeitgeberverbände der Metallindustrie in Schlesien zu einer Interessengemeinschaft bei Lohnabschlüssen zusammenzuziehen. Die Verhandlungen, die zwischen den beteiligten Organisationen gepflogen wurden, führten zu keinem Ergebnis. Die Arbeitgeber riefen aus diesem Grunde den Schlichter für den Bezirk Schlesien an. Dieser fällt am 25. Juni einen Schiedspruch, der folgendes vorsah:

Ab 1. Juli 1929 soll allgemein eine Zulage, die in der Spitze 2 Pfg. beträgt und nicht affordverrechnungsfähig ist (also auch für die Affordarbeiter) ab 29. Dezember 1929 für die Zeitlohnarbeiter eine weitere Zulage von 2 Pfg. in der Spitze gewährt werden. Die Leistungszulagen sollen in absoluter Höhe weitergezahlt werden. Diese Neuregelung war mit zweimonatlicher Frist erstmalig am 30. September 1930 kündbar — Dieser Schiedspruch wurde von den Arbeitgebern an- und von der organisierten Arbeiterschaft abgelehnt. Die Arbeitgeber beantragten daraufhin die Verbindlichkeitserklärung des gefällten Schiedspruches beim Reichsarbeitsministerium.

Unter Vorsitz des Landgerichtsrat Dr. Seuer fanden beim Reichsarbeitsministerium in Berlin die weiteren Verhandlungen statt. Dieser machte den Vorschlag, daß ab 1. Juli 1929 der Spitzenlohn des über 24 Jahre alten Zeitlohnhandwerkers um 4 Pfg. erhöht werden sollte. Die Affordarbeiter erhalten ab 1. Juli 1929 eine affordverrechnungsfähige Zulage von 2 Pfg., und zwar für alle Ortsklassen, Tarif- und Altersgruppen. An Stelle der zweimonatlichen Kündigungsfrist tritt eine solche von sechs Wochen. Für die Breslauer Betriebe wurde eine besondere Regelung für die hochqualifizierten Facharbeiter, die nicht im Afford arbeiten können, vorgeschlagen, dergestalt, daß sie eine bewegliche Leistungszulage, die bis zum Afforddurchschnittsverdienst ihrer Alters- und Berufsgruppe steigen kann, erhalten sollen. Die Lehrlingslöhne erhöhen sich nach dem Vorschlag im 1. und 2. Lehrjahr um 2 Pfg. und im 3. und 4. Lehrjahr um 3 Pfg. pro Stunde. Ein letzter Vorschlag des Vorsitzenden geht dahin, den geltenden Manteltarifvertrag entsprechend der Laufdauer der Lohnregelung mit den gleichen Kündigungsbestimmungen zu verlängern. Der Gesamtvorschlag wurde von den Arbeitern angenommen unter der Voraussetzung, daß bezüglich der Verlängerung des Manteltarifvertrages weitere Verhandlungen stattfinden müßten. Die Arbeitgeber haben ebenfalls dem Vorschlage zugestimmt, und somit ist die Lohnbewegung in Schlesien beendet. Der sozialistische

Metallarbeiterverband glaubte gewisse terroristische Akteure gegen uns anwenden zu können. Er mußte aber einsehen, daß er sich gründlich verrechnet hatte.

Im übrigen herrscht auch bezüglich der Affordverrechnung im Bereich des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie in Niederschlesien ein großes Durcheinander. Der am 25. Juni 1928 abgeschlossene Nachtrag der Prozenttabelle (d. h. die Errechnung der Löhne in den einzelnen Klassen enthält) ist nur für die Lohnarbeiter durchgeführt. Für die Affordarbeiter sind nach einer groben Uebersicht 3 Verrechnungsarten in Schwung, so daß die Arbeiterschaft oft nicht weiß wie die Afforde zu verrechnen sind. Die Affordbasis und die Affordlohnberechnung beim Arbeitgeberverband für Niederschlesien ist die reinste Geheimwissenschaft, und könnte einem Doktoranden zu seinem Doktorhut verhelfen. Hier wird die Arbeiterschaft noch schwere Kämpfe zu bestehen haben, ehe eine einheitliche Berechnung im ganzen Verbandsgebiet durchgeführt ist. Hinzu kommen nun noch die Auseinandersetzungen bezüglich des Rahmentarifvertrages. Der Arbeitgeberverband hat seit langem den Wunsch, eine ganze Reihe Orte in eine niedrigere Lohnklasse zu versetzen, so u. a. Reibe, Patzschlau usw. Auch darüber wird die Arbeiterschaft zu wachen und die Augen aufzuhalten haben.

Enttäuscht ist die schlesische Metallarbeiterschaft von dem Ausgang dieser Lohnbewegung. Am 1. Januar 1930 laufen Rahmentarife ab. Dann beginnt das Ringen um den wichtigsten Teil des Gesamttarifvertrages. Wie schon oben gesagt, haben die Arbeitgeber eine Anzahl Wünsche um Veretzung von Betrieben in tiefere Ortsklassen. Die Arbeiterschaft hat ebenso berechnete Forderungen, die wir hier nicht andeuten wollen. In dieser Lage wird sie sich zu überlegen haben, ob sie weiterhin radikalen Schreibern nachläßt, oder ob sie nicht den zielbewußten Weg gewerkschaftlicher Arbeit gehen will. Will sie diesen Weg gehen, dann findet sie die Möglichkeit im Christlichen Metallarbeiterverband.

„Glänzende Erfolge“ der Werksgemeinschaften

Zu derjenigen Arbeiterschaft, die im Jahre 1924 auf die Zugehörigkeit zur Organisation verzichtete und anstatt Organisation die sogenannte „Werksgemeinschaft“ einführte, gehörte auch die Firma Kuhlbiel und Sohn in Dahlebrück. Kein Wunder, daß sich bei dieser Firma wunderbare Zustände herausgebildet haben. Wurden da neulich aus einer Abteilung die Leute auf dem Lohnbüro vorstellig, um die für ihre Affordarbeit geltenden Preise zu erfahren. Doch da kamen sie an die unrichtige Adresse und wurde ihnen mitgeteilt, daß die Affordpreise „Betriebsgeheimnis“ seien, die sie nicht zu wissen brauchen. Nun ist ein neuer Lohnabschluß für das Vollmetal getätigt worden. Diesen Anlaß hat die Firma benutzt, ein neues Affordsystem einzuführen, und trotzdem die Leute nach ihren Angaben noch härter arbeiten müssen als vorher, ist der Verdienst gekürzt worden. Daß das Betriebsratsgesetz im Betrieb keine Anwendung findet, versteht sich nun von selbst. Aber die Firma hat Erfolg gefunden, und zwar dadurch, daß jede Betriebsabteilung mit einem von der Werksgemeinschaft ernannten Vertrauensmann beglückt wird. Wie da die Tätigkeit aussieht, kann sich jeder austrechnen.

Doch auch in die Privatverhältnisse mischt man sich ein und setzt sich trotz Werksgemeinschaft über Recht und Gesetz hinweg. Am 10. 7. 29 bekamen alle jungen Leute nachstehenden Zettel überreicht:

sie es zurück und nahm es mit einiger Ueberredung in ihren Dienst. Nun muß es biegen oder brechen, dachte sie und fühlte gleichzeitig, daß auf dem bisherigen, bloß verneinenden Wege dies Blut sich nicht länger meistern ließ. Sie näherte sich deshalb noch am selben Tage ihrem Sohne, als er mit seinem Desperbrote sich unter eine schattige Rebenlaube gesetzt hatte hinter dem Hause, von wo man zum Tale hinaus in die Ferne sah nach blauen Schenstrichen, wo andere Leute wohnten. Sie legte ihren Arm um seine Schultern, sah ihm freundlich in die Augen und sagte: „Lieber Fritz! Sei mir jetzt nur noch zwei oder drei Jährchen brav und gehorham, und ich will dir das schönste und beste Frauchen verschaffen aus meinem Ort, daß du dir was daraus einbilden kannst!“

Fritz schlug errötend die Augen nieder, wurde ganz verlegen und erwiderte mürrisch: „Wer sagt denn, daß ich eine Frau haben wolle?“ „Du sollst aber eine haben!“ versetzte sie, „und wie ich sage, eine von guter und schöner Art; aber nur, wenn du sie verdienst; denn ich werde mich hüten, eine rechtschaffene Tochter hierher ins Elend zu bringen!“ Damit küßte sie ihren Sohn, wie sie seit undenklicher Zeit nicht getan, und ging ins Haus zurück.

Es ward ihm aber auf einmal ganz seltsam zumute, und von Stund an waren seine Gedanken auf eine solche gute und schöne Frau gerichtet, und diese Gedanken schmeichelten ihm so sehr und beschäftigten ihn so anhaltend, daß er darüber keine Frauensperson in Schwabia mehr ansah. Die Särtlichkeit, mit welcher die Mutter ihm solche Ideen beigebracht, gab seinen Wünschen eine innigere und edlere Richtung, und er fühlte sich wohlgeborgen, da man es so gut mit ihm meine. Er wartete aber die zwei Jahre und die Anhalten seiner Mutter nicht ab, sondern fing schon in der nächsten Zeit an, an schönen Sonntagen ins Land hinauszugehen und insbesondere in der Heimat der Mutter

herumzuströmen. Er war bis jetzt kaum einmal dort gewesen und wurde von den Verwandten und Freunden seiner Mutter um so freundlicher aufgenommen, als sie großes Wohlgefallen an dem hübschen Jüngling fanden und er zudem eine Art Merkwürdigkeit war als ein wohlgeratener, fester und nicht prahlerischer Selbster. Er machte sich ordentlich heimisch in jenen Gegenden, was seine Mutter wohl merkte und geschehen ließ; aber sie ahnte nicht, daß er, ehe sie es vermutete, schon in bester Form einen Schatz hatte, der ihm allen von der Mutter ihm gemachten Vorspielungen vollkommen zu entsprechen schien. Als sie davon erfuhr, machte sie sich dahinter her, voll Besorgnis, wer es sein möchte, und fand zu ihrer großen Verwunderung, daß er nun gänzlich auf einem guten Wege sei, denn sie mußte den Geschmack und das Urteil des Sohnes nur loben und ebenso dessen ungetrübte Treue und Frömmlichkeit, mit welcher er dem erwählten Mädchen anhing, so daß sie sich aller weiteren Sucht und aller Listen endlich enthaben sah.

Diese Klippe war unterdessen kaum glücklich umschifft, als sich eine andere zeigte, welche noch gefährlicher zu werden drohte und der Frau Regula abermals Gelegenheit gab, ihre Klugheit zu erproben. Denn die Zeit war nun da, wo Fritz, der Sohn, anfang zu politisieren und damit mehr als durch alles andere in die Werksgemeinschaft seiner Mitbürger gezogen wurde. Er war ein liberaler Geist, wegen seiner Jugend, seines Verstandes, seines ruhigen Gewissens in Hinsicht seiner persönlichen Pflichterfüllung und aus energiereichem Mutterwitz. Obgleich man nach gewöhnlicher Anschauungsweise etwa hätte meinen können, Frau Amrain wäre aristokratischer Gesinnung gewesen, weil sie die meisten Leute verachtete, unter denen sie lebte, so war dem doch nicht also; denn höher und feiner als die Verachtung ist die Achtung vor der Welt im ganzen. Wer freien Sinnes ist, traut sich und der Welt

Sämtliche Leute der Belegschaft, die nicht zu Hause, sondern bei fremden Familien wohnen, können über den 1. August 1929 nicht mehr beschäftigt werden, wenn sie nicht im Ledigenheim wohnen.

Dahlebrück, den 10. Juli 1929.

gez. Kubbier u. Sohn.

Also, weil die Firma am Ledigenheim als Gesellschafter mitbeteiligt ist, müssen die jungen Leute nach Ansicht der Firma, ob sie wollen oder nicht, im Ledigenheim wohnen, um so die Rentabilität des Heimes zu sichern.

Diese und auch sonstige Maßnahmen der Firma schlugen nun dem Saß den Boden aus und die Leute verlangten selbst unseren Organisationsvertreter zu sprechen. Ein Teil der Leute hat den Anschluß an die Organisation vollzogen, weil sie eingesehen haben, daß sie sonst der Willkür des Arbeitgebers ausgeliefert sind. Andere wollen folgen. Der Arbeiterschaft des Betriebes kann nur der Rat gegeben werden, sich schleunigst dem Verband anzuschließen. Noch ist es nicht zu spät. F.

Kampf den Betriebsräten

Es gibt immer noch Firmen, die sich mit dem Bestehen des Betriebsratsgesetzes und mit den Rechten des Betriebsrats nicht abfinden können. Dazu rechnet leider auch die Firma Schmalenbach, Duisburg. Nach dem Ableben des alten Herrn Schmalenbach ist ein verschärfter Kampf gegen den Betriebsrat ausgebrochen, jedenfalls ausgehend von dem Gedanken, demselben damit sein Amt zu verleiden. Daß die Firma diese Zeiten, in denen es noch keinen Betriebsrat gab, liebt, zeigt ein Ausspruch des Vertreters der Firma am Schlichtungsausschuß, der vor 14 Tagen dort erklärte: In den Jahren, wo es keine Vertretung der Belegschaft gab, sei sie (die Firma) mit der Belegschaft günstig gekommen. Daß sie heute, ob durch die Schuld des Betriebsrates, ist uns unbekannt, mit der Belegschaft nicht so gut auskommt, zeigt uns die Zahl und Höhe der dort vorgenommenen Strafen. Wurden doch im Monat Mai bei einer Belegschaftszahl von 100 nur 70 Bestrafungen vorgenommen, ohne allerdings dabei dem § 80 BRG. zu genügen. Diesbezügliche und auch andere Anträge der Betriebsvertretung, der man nebenbei ihre Tätigkeit während der Arbeitszeit verbietet, werden einfach abgelehnt.

Um so eigentümlicher berührt es uns nun, wenn die Firma den von den unorganisierten Arbeitern kommenden Anträgen, die Mißtrauen gegen den Betriebsrat erwecken sollen, bereitwilligst Gehör schenkt, sie sogar unterstützt, diese Anträge selbst mitverfaßt, für das Schreiben der Anträge sogar Bürokräste und Maschinen zu Verfügung stellt und darüber hinaus dem Antragsteller sogar während der Arbeitsstunden Zeit zur Unterschriftenjammung bereitwilligst gibt. Zweck dieser Anträge war nun unter anderem, die Namen der von den Strafgebern bereits unterstützten, durch irgendwelche Umstände in Not geratenen Mitarbeiter öffentlich bekanntzugeben. Eigentümlicherweise ist die Firma diesem Antrage bereitwilligst gefolgt, ohne den Betriebsrat, der doch diese Gelder mit der Firma gemeinschaftlich verwaltet und verteilt, Kenntnis von der Stellung dieser Anträge zu geben. Die Empörung der Arbeiter kann sich der vernünftig denkende Arbeiter vorstellen, als sich kurz nach der Stellung des Antrages diejenigen Arbeiter, die bis vor zwei Jahren diese Notunterstützung aus irgendwelchen mit der Betriebsvertretung

und der Firma gemeinsam geprüften und anerkannten Gründen erhalten, öffentlich am schwarzen Brett bekanntgegeben haben. Die Gerüchte über nicht sachgemäße Verwaltung dieser Gelder blieben bei einem Teil der Belegschaft selbstverständlich nicht aus; es werden sich aller Voraussicht nach die Gerüchte im Interesse der Klarstellung und des Betriebsrats noch mit der Angelegenheit beschäftigen müssen.

Den Arbeitern aber sagen wir: hinein in den Christlichen Metallarbeiterverband, der das seinige tun wird, um die Interessen der Arbeiter dort im Verein mit dem Betriebsrat wahrzunehmen. G.

Hochkonjunktur in der Grobisenindustrie

Unsere Kollegen mögen nur die nachfolgenden Ziffern sich ansehen, um zu konstatieren, welchen erfreulichen Aufstieg die Schwerindustrie auch im Monat Juni zu verzeichnen hat.

Monat bzw. Monatsdurchschnitt bzw. Jahresdurchschnitt	Roheisen		Rohstahl		Walzwerke		Hochofen im Betrieb Monatsende
	Gesamt	Arbeits-täglich	Gesamt	Arbeits-täglich	Gesamt	Arbeits-täglich	
in 1000 t							
1913*	910	29,9	981	38,5	914	35,8	204
1925	848	27,9	1016	40,0	854	33,6	107
1926	804	26,4	1028	40,3	856	33,6	88
1927	1092	35,9	1359	53,3	1072	42,1	114
Mai 1928	1044	33,7	1249	49,9	986	39,5	104
Juni	1021	34,1	1296	49,8	1072	41,2	103
Juli	1036	33,4	1314	50,5	1025	39,5	100
April 1929	1105	36,8	1416	56,6	1108	44,3	99
Mai	1133	36,6	1421	56,8	1065	42,4	104
Juni	1164	38,8	1430	57,2	—	—	103

*) Für 1913 Monatsdurchschnitt; auf sechsem Reichsgebiet ohne Saargebiet.

Trotz dieser äußerst günstigen Geschäftslage verkündete Herr Direktor Raabe auf der Tagung der Eisenhüttenleute Ende April, daß auch bei steigender Konjunktur an eine Lohnaufbesserung nicht zu denken sei. Vielleicht glaubte er die Möglichkeit hierfür in den Organisationsziffern gefunden zu haben. Es wird auch hier an der Kollegenschaft liegen, ob sie sich durch stärkere Organisation die Stellung erkämpft, die ihr gebührt.

50 Millionen Mundharmonikas

werden jährlich exportiert

Im August begeht die Klingenthaler Harmonikaindustrie im sächsischen Vogtland ihr 100jähriges Bestehen. Neben Trossingen (Süddeutschland), das rund 7000 Arbeitskräfte in der Harmonikaindustrie beschäftigt, ist Klingenthal mit 8000 Beschäftigten der größte Standort der Harmonikaindustrie. Seit jeher ist die Harmonikaindustrie, wo es nur einen Großbetrieb mit mehr als 1000 Arbeitern gibt, ein Herz vieler unsozialer Verhältnisse gewesen. Häufig herrscht Heimarbeit in oft

etwas Gutes zu und weiß mannhaft von nichts anderem, als daß man hierfür einzustehen vermöge, während der Unfreisinn auf Jaghaftigkeit und Beschränktheit gegründet ist. Diese lassen sich aber schwer mit wahrer Männlichkeit vereinigen. Und die Frau Regula hatte, nachdem sie sich einmal an ihrem Eheherrn so getäuscht, zu strenge Regeln in ihrem Geschmaß betreffs der Mannestugend angenommen, als daß sie eine feste und sichere Freisinnigkeit daran vermissen wollte. Uebrigens, als ihr Mann um sie geworben, hatte er in allem Flor eines jugendlichen Radikalismus gegläntzt, welchen er freilich mehr in der Weise handhabte, wie ein Lehrling die erste süßeine Saakuh.

Abgesehen von diesen Geschmaßgründen aber war sie aus einem Orte gebürtig, wo seit unvorstelllichen Zeiten jedermann freisinnig gewesen und der im Laufe der Zeit bei jeder Gelegenheit sich als ein entschlossenes, tatkräftiges und sich gleichbleibendes Bürgerneß hervorgetan, so daß, wenn es hieß: die von foundso haben dies gesagt oder jenes getan! sie gleich einen ganzen Landstrich mitnahmen und einen kräftigen Anstoß gaben. Wenn also Frau Amrain in den Fall kam, ihre Meinung über einen Streit festzustellen, so hörte sie nicht auf das, was die Seldwpler, sondern auf das, was die Leute ihrer Jugendheimat sagten, und richtete ihre Gedanken dorthin.

Alles das waren Gründe genug für Fritz, ein guter Bürger zu sein, ohne absonderliche Studien gemacht zu haben. Was nun die nächste Gefahr anbelangt, welche da, wo das Wort und die rechtlichen Handlungen frei sind und die Leute sich das Wetter selbst machen, für einen politisch Aufgeregten entsteht, nämlich die Gefahr, ein Müßiggänger und Schenkelauser zu werden, so war dieselbe zu Seldwyla allerdings noch größer als an anderen Schweizerorten, welche mit der ganzen Alten Welt noch an der gemütlichen ostländischen Weise festhalten, das Wichtigste in

breiter halbträumender Ruhe an den Quellen des Getränkes oder bei irgendeinem Genuße zu verhandeln und immer wieder zu verhandeln. Und doch sollte das nicht so sein; denn ein gutes Glas in fröhlicher Ruhe zu trinken, ist ein Zweck, ein Lohn oder eine Frucht und, wenn man das in einem tieferen Sinne nimmt, das Ausüben politischer Rechte bloß ein Mittel, dazu zu gelangen. Indessen war für Fritz diese Gefahr nicht beträchtlich, weil er schon zu sehr an Ordnung und Arbeit gewöhnt war und es ihn gerade zu Seldwyla nicht reizte, den anderen nachzufahren. Größer war schon die Gefahr für ihn, ein Schwächer und Prahler zu werden, der immer das gleiche sagt und sich selbst gern reden hört; denn in solcher Jugend verführt nichts so leicht dazu, als das lebendige Empfinden von Grundsätzen und Meinungen, welche man zur Schau stellen darf ohne Rückhalt, da sie gemeinnützig sind und das Wohl aller betreffen.

Als er aber wirklich begann, Tag und Nacht von Politik zu sprechen, ein und dieselbe Sache ewig herumzerrte und jene kindische Manier annahm, durch blindes Behaupten sich selbst zu betäuben und zu tun, als ob es wirklich so gehen müsse, wie man wünscht und behauptet, da sagte seine Mutter ein einziges Mal, als er eben im schönsten Eifer war, ganz unerwartet: „Was ist denn das für ein ewiges Schwagen und Kannegeßern? Ich mag denn das für ein ewiges Schwagen und Kannegeßern? Ich mag denn das nicht hören! Wenn du es nicht lassen kannst, so geh auf die Gasse oder ins Wirtshaus, hier in der Stube will ich den Lärm nicht haben!“

Dies war ein Wort zur rechten Zeit gesprochen: Fritz blieb mit seiner also durchschnittenen Rede ganz verblüfft stehen und wußte gar nichts zu sagen. Er ging hinaus, und indem er über dies wunderliche Ereignis nachgrübelte, fing er an, sich zu schämen, so daß er erst eine gute halbe Stunde nachher rot wurde bis hinter die Ohren, von Stund an geheilt war und seine

entwürdigenden Formen. Jährlich werden zwischen 45—50 Millionen Rundharmonikas aus Deutschland in alle Weltteile exportiert, dazu annähernd 1 Million Ziehharmonikas. Der Gesamtwert der Harmonikausfuhr dürfte sich auf 25 Millionen M belaufen. Fast 70 Prozent der gesamten Erzeugung geht ins Ausland, vor allem in überseeische Län-

der. Die gewerkschaftliche Arbeit hat auch in der Harmonikindustrie eine Besserung sozialer Verhältnisse gebracht, und sie könnte noch gesteigert werden, wenn alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Harmonikindustrie den Wert der Gewerkschaft einsehen und sich dem Christlichen Metallarbeiterverband anschließen.
W.

Umschau

Gubiläumsgeneralversammlung des Graphischen Zentralverbandes

Die 8. Generalversammlung des Graphischen Zentralverbandes tagte vom 6. bis 10. Juli in Köln. Die damit verbundene Feier des 25jährigen Bestehens drückte den ganzen Veranstaltungen ihren Stempel auf, hob sie aus dem Rahmen des sonst üblichen in etwa heraus. — Der Tagung ging eine wohlgelungene Begrüßungsfeier der Kölner Ortsgruppe voraus. In der durch gemeinsamen Gottesdienst eingeleiteten Eröffnungsfest am Sonntag nahm eine stattliche Anzahl Ehrengäste teil.

Aus dem auf der Generalversammlung erstatteten Geschäfts- und Kassenbericht ist zu entnehmen, daß der Verband eine günstige Entwicklung durchgemacht hat. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind überall tariflich geregelt. Der Graphische Zentralverband ist an 6 Reichstarifen, 4 Bezirks- und 4 Ortstarifen beteiligt.

Der zweite Verhandlungstag wurde eingeleitet mit einem Referat des Geschäftsführers Baltrusch über „Stand und Aufgaben der deutschen Wirtschaft“.

Eine Vertrauensstimmung war die einstimmige Wiederwahl des geschäftsführenden Zentralvorstandes, des seit 21 Jahren amtierenden 1. Vorsitzenden Adam Hornbach und des 2. Vorsitzenden W. Höfner (Hagen). Dem wegen vorgerückten Alters ausscheidenden Zentralkassierer Joseph Sillien wurde eine herzliche Ehrung zuteil. Zu seinem Nachfolger und Schriftleiter der „Graphischen Stimmen“ wurde Joseph Kuner gewählt.

Wir als christlicher Metallarbeiterverband wünschen auch für die nächsten 25 Jahre unserem Bruderverband gute Fortschritte und einen stetigen Aufstieg.
K.

Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter Deutschlands

Der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands hielt in den Tagen des 29. und 30. Juni in Freiburg i. Br. seinen 9. Verbandstag ab. Der Verband hat seit dem letzten Verbandstag eine günstige Entwicklung durchgemacht. Auch war es ihm möglich, eine große Menge erfolgreicher Arbeit im Interesse der Tabakarbeitererschaft zu leisten. Stellung genommen wurde auch zu einer Reihe wichtiger Tagesfragen.

Der Höhepunkt des Verbandstages wurde erreicht mit dem Vortrag des Universitätsprofessors Dr. Strauer über: „Christliche Gewerkschaften und deutsches Volkstum“. — Zu erwähnen ist insbesondere der Beschluß, im Verbandsverband die Invaliden- und Altersunterstützung einzuführen. Bei den Neuwahlen zum Verbandsvorstand wurde der bis-

herige Vorsitzende, Kollege C a m m a n n, einstimmig wiedergewählt und dabei ihm der Dank für seine 25jährige Wirkamszeit als Verbandsvorsitzender zum Ausdruck gebracht. Die Tagung verlief in jeder Beziehung gut und gibt die Hoffnung auf eine weitere günstige Entwicklung des Verbandes und erfolgreiche Arbeit im Dienste der deutschen Tabakarbeitererschaft.
M.

20 Jahre Gesangchor des C. M. V. Essen

Der in der Essener Bevölkerung gut bekannte und hochgeschätzte Gesangchor des Christlichen Metallarbeiterverbandes begeht in diesem Jahre sein 20jähriges Bestehen.

Die Gründung des Chores vollzog sich im Jahre 1909, und zwar sollte diese lediglich vollzogen werden, um bei der Feier des 10jährigen Bestehens des Verbandes nicht mit fremden gesanglichen Kräften aufzuwarten.

Als man aber bei dem ersten Auftreten des Chores sah, daß dieser Arbeitergesangchor wirklich gute Leistungen vollbrachte, ließ man ihn bestehen, um bei späteren Veranstaltungen des Verbandes nicht auf fremde Hilfe angewiesen zu sein.

Der erste Dirigent des Chores war der Metallarbeiter und das Mitglied des Verbandes, Kollege Johann T e l a r t h, der mit dem Chor schon gute, hervorragende Leistungen vollbrachte. Nach einigen Jahren ging die Leitung des Chores an Herrn Franz S e n g s t e b e d über. Dieser, ebenfalls Metallarbeiter, brachte den Chor bald auf eine bewundernswürdige Höhe.

Sald trat der Chor aus dem engen Rahmen der eigenen Verbandsveranstaltungen heraus und wurde ein bedeutender Faktor für die Bildungsbestrebungen der gesamten christlichen Gewerkschaftsbewegung Essens und darüber hinaus.

Auf manchen großen Tagungen des Christlichen Metallarbeiterverbandes sowie auch der Gesamtbewegung der christlichen Gewerkschaften wurden die Essener Sänger, wie man sie nannte, herzlichst bewillkommt, und stets fanden die gesanglichen Darbietungen den ungeteilten Beifall.

Die Konzerte des Gesangchores gehören mit zu den beliebtesten Veranstaltungen nicht nur der christlich-nationalen Arbeiterschaft, sondern auch weiter Kreise der Essener Bevölkerung. Er war Wegbereiter innerhalb der christlich-nationalen Arbeiterschaft für eine gute gediegene Volksbildung und hat recht viel dazu beigetragen, daß die Arbeiterschaft in den letzten Jahren sich zu einer höheren geistigen Kulturstufe entwickelte.

Wir wünschen dem Gesangchor des Christlichen Metallarbeiterverbandes und seinem Dirigenten auch in der Zukunft ein erfolgreiches Wirken für die Arbeiterschaft und das Volksganze.
G.

Politik mit weniger Wort und mehr Gedanken abzumachen sich gewöhnte. So gut traf ihn der einmalige Vorwurf aus Frauenmund, ein Schwärmer und Kannegießer zu sein.

Um so größer erwies sich nun die dritte, entgegengesetzte Gefahr, an übel gewendeter Tatkräft zu verderben. So wettwendisch nämlich sonst die Seldwylers in ihren politischen Stimmungen waren, so beharrlich blieben sie in der Teilnahme an allem Freischaren- und Zuzügerwesen, und wenn irgendwo in der Nachbarschaft es galt, gewaltsam ein widerstehendes Regiment zu sprengen, eine schwache Mehrheit einzuschüchtern oder einer trotzig ungeschicklichen Kinderheit bewaffnet beizuspringen, so zog jedesmal, mochte nun die herrschende Stimmung sein, welche sie wollte, von Seldwyla ein Trupp bewaffneter Leute aus, nach dem aufgeregten Punkte hin, bald bei Nacht und Nebel auf Seitenwegen, bald am hellen Tage auf offener Landstraße, so nachdem ihnen die Luft sicher schien. Denn nichts dünkte sie so ergötzlich, als bei schönem Wetter einige Tage im Lande herumzustreichen, so feschig oder liebenzug wohlbewaffnet mit seinen Zielgewehren versehen mit gewichtigen drohenden Bleiflugeln und silbernen Talem, mittels letzterer sich in den besetzten Wirtschaftshäusern gutlich zu tun und mit tüchtigem Sallo, das Glas in der Hand, auf andere Zuzügler zu stoßen, denen es ebenfalls mehr oder minder Ernst war. Da nun das Geheuliche und das Leidenschaftliche, das Vertragsmäßige und das ursprünglich Naturwüchsig, der Bestand und das Revolutionäre zusammen erst das Leben ausmachen und es vorwärts bringen, so war hiergegen nichts zu sagen, als: Seht

euch vor, was ihr ausrichtet! Nun aber erfuhren die Seldwylers den eigenen Unstern, daß sie bei ihren Auszügen immerdar entweder zu früh oder zu spät und am unrichtigen Ort eintrafen und gar nicht zum Schusse kamen, wenn sie nicht auf dem Heimwege, der dann nach mannigfachem Hin- und Herreden und genugsamem Trinken eingeschlagen wurde, zum Vergnügen wenigstens einige Patronen in die Luft schossen. Doch dies genügte ihnen, sie waren gewissermaßen dabei gewesen, und es hieß im Lande, die Seldwylers seien auch ausgerückt in schöner Haltung, lauter Männer mit gezogenen Büchsen und goldenen Uhren in der Tasche.

Als es das erstemal begegnete, daß Friz Amrain von einem solchen Ausruken hörte und zugleich seines Alters halber fähig war, mitzugehen, ließ er, da es soweit eine gute Sache betraf, so gleich nach Hause, denn es war eben die höchste Zeit und der Trupp im Begriff, aufzubrechen. Zu Hause zog er seine besten Kleider an, steckte genugsam Geld zu sich, hing seine Patronentasche um und ergriff sein wohl imstand gehaltenes Infanteriegewehr, denn da er bereits ein ordentlicher und handfester junger Flügelmann war, dachte er nicht daran, mit einer kostbaren Schützenwaffe zu prahlen, die er nicht zu handhaben verstand, sondern aufrichtig und emsig sein leichtes Gewehr zu laden und loszubrennen, sobald er irgend vor den Mann kommen würde; und er sah sehnsüchtig im Geiste schon nichts anderes mehr, als den letzten Hügel, die letzte Straßenecke, um welche herumbiegend man den verhassten Gegner erblicken und es losgehen würde mit Puffen und Knallen.
(Fortf. folgt.)

Dreh- oder Scheibenzieher das Material, das im Drahtzug oder in der Drahtmühle gezogen wurde. Das Sauerland war der Hauptsitz der Drahtzieher. (Siehe auch Artikel: Die Geschichte der Lüdenschneider Metallindustrie.)

Auf der Grenze zwischen Grob- und Kleinschmied stand der Zeugschmied, der eigentlich aber schon zu den Kleinschmieden gerechnet werden muß. Als Zeugschmied galt ein Eisenarbeiter,

der das Arbeitszeug für die verschiedenen Handwerker schmiedete und herrichten konnte. Er vereinigte in seiner Person die Gewerbe des Raber-, Sensen- und Sägenschmieds, er machte Bohrer, Sägenblätter, Hammer, Meißel, ja selbst Küchengeräte aus Eisen. Später auch Feinarbeiten, wie Zirkel, Meßinstrumente. (Abb. 3.) Aus dem Zirkelschmied wurde dann der Feinmechaniker. (Fortsetzung folgt.) Wbr.

Eine neuzeitliche Maschine zum Autogenschneiden



Der autogene Schneidbrenner ist das gegebene Werkzeug zur Ausführung komplizierter Trennarbeiten an Schmiedeeisen, Stahlguß und Stahl von beliebiger Stärke. Wenn das autogene Schneidverfahren noch nicht die Auswertung gefunden hat, die es auf Grund seiner vielseitigen Verwendung verdient, so lag dies in der Hauptsache daran, daß bei Schnitten von Hand die Genauigkeit der Formgebung und die Sauberkeit der Trennfugen häufig zu wünschen übrig ließen. Mehr oder weniger große Nacharbeiten an den ausgeschnittenen Stücken waren erforderlich, die den wirtschaftlichen Erfolg des Verfahrens oft in Frage stellten. Nur so ist es zu erklären, daß sich die deutsche Industrie noch nicht in viel ausgehenderem Maße des autogenen Schneidbrenners als formgebenden Werkzeugs bedient. Das Ausland, insbesondere England und vor allen Dingen Amerika sind der deutschen Industrie

hier vorausgeleitet. Dort tritt in den Fertigungsbetrieben das Schmieden großer und schwerer Stangenköpfe und Kurbein, das Herausbohren von Lokomotiv- und Fahrzeugrahmen immer mehr zurück. Diese veralteten und kostspieligen Arbeitsverfahren werden in stets wachsendem Umfange durch das rasche, saubere und billige Autogenschneiden ersetzt, mit dem man heute Schnittflächen erzielen kann, die den mit der Fräs- und Hobelmaschine hergestellten gleichwertig sind. Die Kreuzwagenmaschine (DRP.) wird mit Vorteil in Kesselschmieden, Eisenbahnfahrzeugfabriken, Eisenkonstruktionswerkstätten, Schiffsbauanstalten usw. angewandt. Mit der Maschine ist es möglich, Quer- und Längsschnitte sowie Kurvenschnitte beliebiger Form und Größe auszuführen. Die Führung des Schneidbrenners erfolgt durch einen Magnetroller (DRP.) an einer der Form des auszuscheidenden Werkstückes entsprechenden Schablone. Mittels des Magnetrollers ist es möglich, auch die kleinste Kurve und die schärfste Ecke auszuscheiden. K.

Was ist Armco-Eisen?



Armco-Eisen wurde bisher in den Vereinigten Staaten hergestellt als ein sehr reiner, an Legierungsbestandteilen armer Stahl, der dem Roheisen einen hohen Widerstand entgegensetzt. Benutzt wird dazu der baltische Siemens-Martin-Ofen, in dem das Frischen sehr weit getrieben wird. Der Frischvorgang dauert deswegen lang, erfordert hohe Temperaturen und greift dadurch die Ofen stark an. Im Endzeugnis dürfen sich außer Eisen nur 0,15 v. H. maximal Fremdkörper befinden, im einzelnen:

Kohlenstoff bis	0,013 v. H.
Schwefel	0,025 v. H.
Mangan	0,017 v. H.
Phosphor	0,005 v. H.

Aus diesem Werkstoff hergestellter Draht von 1 m Länge und 1 mm Querschnitt besitzt 0,103 Ohm-Widerstand, ein Wert, der dem des reinen Eisens also sehr nahe kommt. Armco-Eisen eignet sich für vielerlei elektrische Zwecke, da es seinen Magnetismus leicht verliert.

Natürgemäß ist ein derart reiner Stahl sehr weich und setzt der Bearbeitung die Schwierigkeit des Schmierens entgegen. Mit geeigneten Meißelformen läßt er sich jedoch drehen und hobeln, vor allem, wenn er vorher der geeigneten Wärmebehandlung unterworfen wurde. Zwischen 200 und 1050° ist er verformbar,

eine Wärmeverformung muß daher unter oder über dieser Temperatur stattfinden.

Zur Feststellung der Schutzwirkung seiner eigenen Zunderschicht wurden Armco-Bleche und gewöhnliche Weichstahlbleche im Dauerversuch den Abgasen von 750 bis 900° eines Glühofens ausgesetzt. Alle 7 Monate wurde die Zunderschicht, die sich durch die Abgase der Kohlenfeuerung auf den Blechen gebildet hatte, untersucht. Zunächst wurde das Armco-Eisen stärker angegriffen. Nach 7000 Stunden verhielt es sich jedoch schon wesentlich günstiger als die Vergleichsstähle, da die einmal gebildete Zunderschicht sehr fest haftete und das darunter befindliche Armco-Blech vor weiterer Zerstörung gut schützte.

Diese Eigenschaft stempelte das Armco-Eisen zum gegebenen Werkstoff für alle Plätze, wo es im Freien der Witterung ausgesetzt werden sollte. Es wurde zunächst für Dächer und Schornsteine, Stahlhäuser, eiserne Schalter und ähnliches verwandt. Seine guten Schweißseigenschaften eröffneten ihm bald weitere Gebiete, ferner eignet es sich gut als Werkstoff für alle Emaille-Waren. Von der Signung für die Elektrotechnik dank seiner magnetischen Weichheit ist bereits gesprochen. Sein geringer elektrischer Widerstand stempelte es zum ausreichenden Ersatz für kupferne Telegraphendrähte. Endlich wird seine Reinheit von Fremdstoffen es zum gegebenen Ausgangsstoff für die Herstellung hochwertiger Stähle, Schnellstahl u. s. f. machen. Peter Jens.

Aus der Geschichte der Lüdenschneider Metallindustrie

So Hen liet zu Eisea wazet,
Do sind ouf die. Si doti ruzet.



Lüdenschneider (das alte Ludoltscheyd, Ludolffscheyde) ist in einer Urkunde des Jahres 1007 zuerst genannt, es hatte damals als Kirchort Abgaben an ein Kölner Kloster zu leisten. Ohne Zweifel hat der Ort schon lange vorher bestanden, er ist vermutlich nicht lange nach Beendigung der Sachsenkriege Karls des Großen mit der Einführung des Christentums bei den heidnischen Sachsen als kirchliche Siedlung des Kölner Erzbistums entstanden, also etwa im 9. oder 10. Jahrhundert. In einem alten Schatzbuche (liber valoris) sind die zur Decania Lüdenscheydt gehörigen Kirchen verzeichnet, die sämtlich aus der Zeit Karls des Großen stammen sollen. Im Jahre 1114 ist Lüdenscheyd vom Kaiser Heinrich V. während eines Kriegszuges stark befestigt worden, und im 12. Jahrhundert wurde es zur Stadt erhoben, die seitdem den Schutzpatron St. Kledardus im Wappen

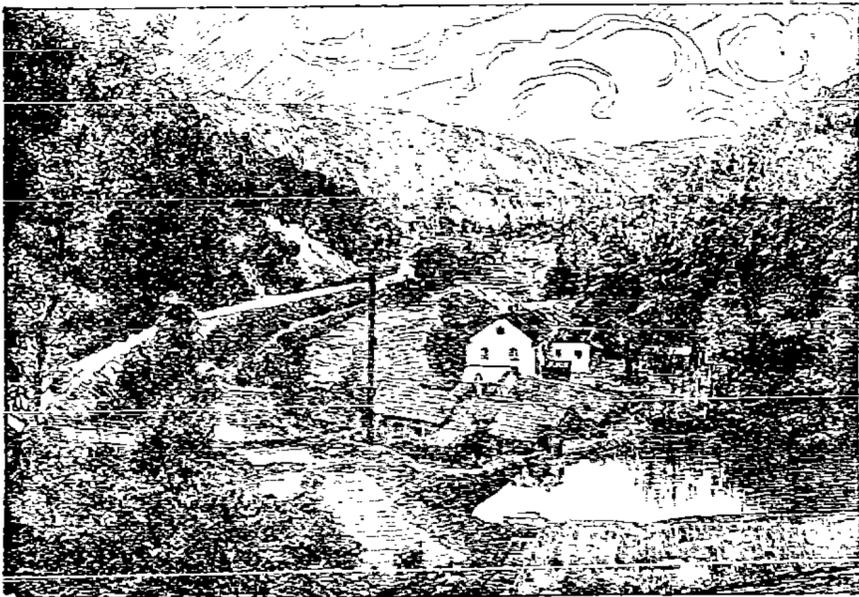
führt. Die aus Ringmauern, Graben, sieben Türmen und drei Toren bestehende Stadtbefestigung, auf die jetzt noch die ringförmige Anlage der Innenstadt hindeutet, ist gegen Ende des 17. Jahrhunderts gefallen. Sichere Bezeugen dieser älteren Zeit der mehr als tausendjährigen, wechselvollen und schicksalreichen Geschichte der Stadt sind nicht mehr vorhanden; durch Zerstörung und Verfall und besonders durch verheerende Feuersbrünste ist die Stadt schwer heimgesucht worden. Sie hat das Münzrecht und eigene Gerichtsbarkeit besessen, in ihr stand ein bedeutender Freistuhl der heiligen Geme (Sitz eines Freigrafen). Das „Dest Lüdenscheyd“ umfaßte einen weiten Gerichtsbezirk. Vom 13. Jahrhundert ab war Lüdenscheyd der Mittelpunkt der berühmten märkischen Eisen- und Stahlherzeugung. Urkundlich sind schon im Jahre 1252 märkische Sensen nach Flandern geliefert worden, und im Jahre 1320 hat die Hanse, der die Stadt angehörte, gegen den Rat von Southampton in England wegen der Kaperung einer Schiffs-



Lüdenscheid

ladung Lüdenscheider Stahls geklagt. In den folgenden Jahrhunderten hat die fleißige und geschickte Bevölkerung die Eisen- und Metallverarbeitung immer mehr ausgestaltet und verbessert, da ihr der harte und unergiebige Boden der Bergheimat ausreichende Nahrung versagte. Aus diesen Anfängen ist die heutige bedeutende Lüdenscheider Metallindustrie entstanden, deren Fertigwaren aller Art aus allen Metallen in der ganzen Welt bekannt und geschätzt sind. Das Aluminiumgerüst des ersten Zeppelin ist von der Firma Berg in Lüdenscheid gebaut worden. Die Geschichte der Lüdenscheider Kleinindustrie ist ein bedeutsames und ausschlusreiches Stück der Geschichte des deutschen Gewerbesfleißes und des deutschen Könnens.

Trotzdem nun Lüdenscheid eine ausgesprochene Industriestadt mit ca. 35 000 Einwohnern ist, wo sich Schornstein an Schornstein reiht, die der Stadt das charakteristische Gepräge geben, zeigt das Stadtbild ein ganz anderes Aussehen, wie alle in der Neuzeit entstandenen Industriestädte. 450 Meter über dem Meere, auf der Wasserscheide zwischen Lenne und Volme liegend,



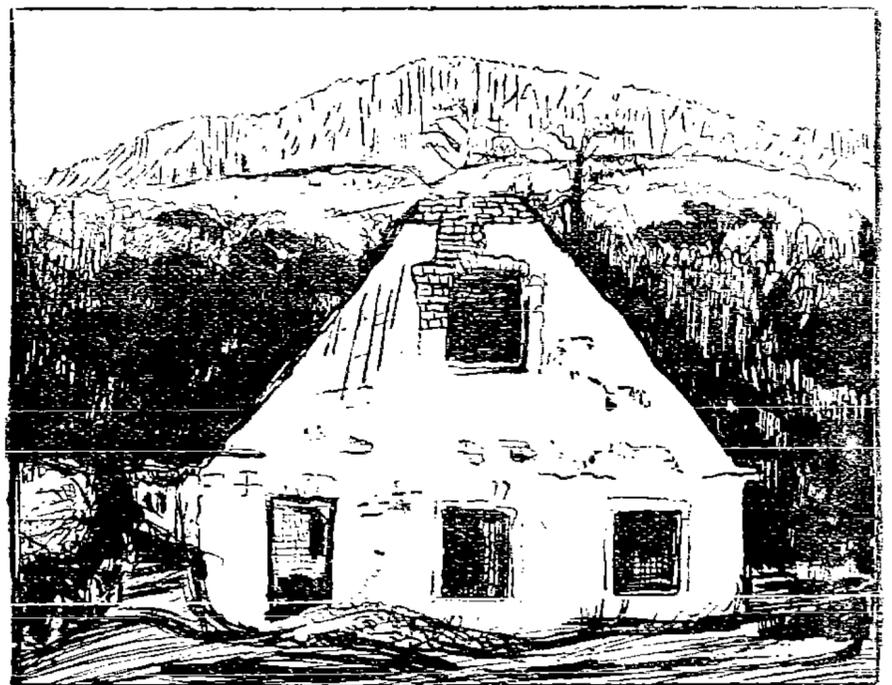
Hammerwerk im Volmetal

eingebettet im Grün des Sauerländischen Berglandes, das sich rings um die Stadt bis zum nahen Ebbegebirge (800 Meter hoch) ausdehnt, umgeben von schönen Laub- und Nadelwäldern, im reichen Wechsel von Berg und Tal, uralten Bauernhöfen und Herrensitzen von geschichtlicher Bedeutung, einem Kranz von schönen Talspalten, bietet die Stadt und Umgebung auch dem Fremden manches Schöne.

Doch hat im Laufe der Jahrhunderte die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung der Stadt viele Wandlungen erlebt und schwere Erschütterungen durchgemacht, ehe die Lüdenscheider Metallindustrie ihre heutige Bedeutung erlangte. Nachstehende Zeilen sollen daher in kurzen Umrissen einen Überblick über Anfänge und Entwicklung sowie der heutigen Bedeutung der Lüdenscheider Metallindustrie geben.

Schon im frühesten Mittelalter ist Lüdenscheid als der Mittelpunkt der damals weltumspannenden märkischen Ofemundindustrie bekannt. 1212 wird erstmalig die Lüdenscheider Sensenfabrikation, wohl die bisher früheste in Westfalen, urkundlich er-

wähnt. 1326 wird Lüdenscheider Ofemundstahl im holländischen Zollregister erwähnt. 1456 kamen die ersten obrigkeitlichen Verordnungen für die Ofemundindustrie, denen im Jahre 1534 die Junstordnung folgte. Im Jahre 1575 verfügte Johann von Cleve, daß keine neuen Schlachten (Flußwehre) in den Tälern der Verse, Volme, Rahmede, Ennepe, Oester, Elfe usw. eingerichtet werden durften. Aus dem Jahre 1682 datiert der Streit zwischen Lüdenscheid und Altena wegen Herstellung von geschmiedetem Draht, der durch einen Vergleich im Jahre 1686 beendet wurde. Nach der Junstordnung wurde jedes Jahr auf Peter und Paul (29. Juni) ein Gildentag abgehalten, auf dem alle Verhältnisse geregelt und auch der Bürgereid erneut geleistet wurde. Am 1. 7. 1809 war der letzte Gildentag. Im Jahre 1775 gab es noch 88 Ofemundhämmer, wie aus dem Stadtplan hervorgeht, und bis zum Jahre 1847 war die letzte Drahtrolle im Betrieb. Zu erwähnen ist noch, daß die Lüdenscheider Bürger bis zum Jahre 1806 von der Militärdienstpflicht befreit waren. Anfänglich wurde das im Schmelzprozeß sich bildende Ofemundeisen mit der Hand geschmiedet, doch lernte man sehr bald die Wasserkraft auszunutzen. Die erste Ausnutzung der Wasserkraft galt der Verstärkung des Gebläses in den Schmelzöfen. Jedoch wurde die Wasserkraft auch sehr bald weitergehend dazu ausgenutzt, indem

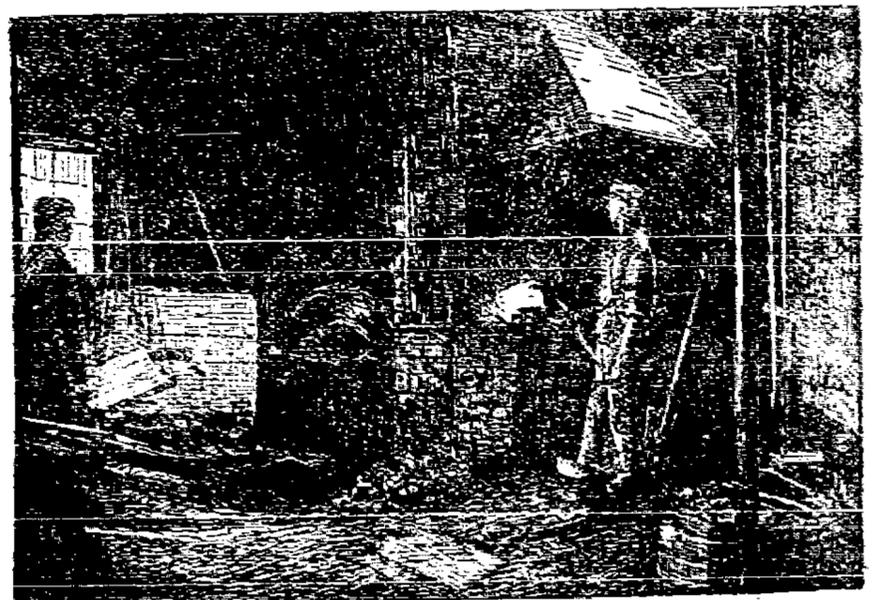


Ruine eines „Hammers“

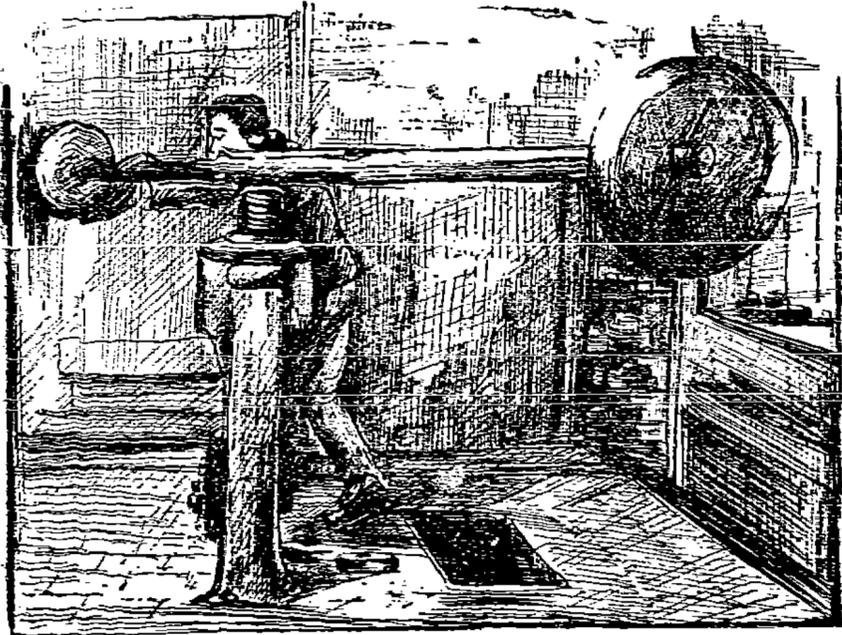
man Wasserhammer anlegte, die den Ofemund zu Stäben ausrechte, um dann in der Drahtfabrikation verarbeitet zu werden, die dann weiter nach Altena und Iserlohn gegeben wurden, um zu feineren Sachen verarbeitet zu werden. Bei einer Streitigkeit zwischen diesen drei Städten erhielt Lüdenscheid, als auch Altena dazu übergegangen war, Grobdraht herzustellen, durch den Kurfürsten das Privileg, allen Grobzug allein herzustellen.

Durch den Clevischen Erbfolgekrieg und besonders durch den 30jährigen Krieg trat ein gewaltiger Rückgang ein, dazu kam noch, daß eine anderweitige Herstellung von Eisen eine erhebliche Konkurrenz für den Ofemund bildete. Das Rohmaterial wurde nun eingeführt und die Schmelzhütten verfielen.

Je mehr die Ofemundindustrie zurückging, um so mehr haben sich die Hämmer nach Fertigfabrikaten um. Es entstand die Breitwarenindustrie und Ambossfabrikation,



Inneres eines Hammerwerkes



Alte Knopfpresse

der sich nachher auch die Anfertigung von Schiffsankern angeschlossen. Aber auch dieser Industriezweig ist dem Untergang geweiht und wird es nicht mehr allzulange dauern, bis die moderne Technik auch hier ein Stück alter historischer Industrie vernichtet hat. Heute ist schon ein großer Teil dieser ehemaligen Sämmen zerfallen und Mauerreste und verfallene Wehre sowie verschlammte Teiche sind Wahrzeichen einer einstmalig blühenden weltumspannenden Industrie.

Schwere Notzeiten brachte auch der siebenjährige Krieg mit sich und zwang die Bewohner, sich nach anderen Erwerbszweigen umzusehen. Viele Söhne der Schmiedemeister gingen zur Röhren- und Strumpffabrikation über, die aber nie recht zur Blüte kam und im Jahre 1818 ganz verschwand.

Da nun die Verarbeitung des Eisens mehr an die Flussläufe und Täler gebunden war, mußten sich die Stadtbewohner nach anderen Erwerbszweigen umsehen. So entwickelte sich aus den zur damaligen Zeit bestehenden Drahtschmieden und Drahtrollen, die aber immer mehr nach Altena zu verlegt wurden, eine Fertigwarenindustrie, die in der Hauptsache den gewonnenen Draht zu Schnallen, Säfen und Bügeln verarbeitete.

Aus dieser Zeit, etwa von 1760—1780, datieren die Anfänge der heutigen Lüdenscheider Metallindustrie und kann gerade die Aufnahme der Schnallenfabrikation als die Quelle der heutigen vielseitigen und mannigfaltigen Lüdenscheider Metallindustrie angesehen werden, die in stetiger Veredlung und in der dauernden Erweiterung der hergestellten Erzeugnisse die heutige Bedeutung auf dem Weltmarkt erlangt hat.

Nachdem zuerst nur Eisen als Material für die Herstellung von Schnallen Verwendung fand, lernte man doch sehr bald auch andere Metalle für diesen Industriezweig zu verwerten. Ein großer Teil der Schnallen wurde nun aus Kupfer, Zinn oder Messing gegossen und dann zum Verbrauch entsprechend verarbeitet. Bald ging man auch dazu über, Silber als Material zu verwerten. Da dieses Material aber sehr teuer war, versuchte man die ersten Metallkompositionen, die zu einer glücklichen Lösung führten und überhaupt die ersten waren, die vorgenommen wurden. Die Formen für Schnallen und Bügel aller Art bezog man zunächst von Italien und Frankreich, aber schon bald lernten die Lüdenscheider selbst die Formen herstellen. Dadurch wurde die Industrie unabhängig vom Ausland und bekam als neuen Beruf die Graveure und Ziseleure hinzu. (Fortsetzung folgt.)

E. Fischer.

Anschauliches Bild für die Fortschritte der Werkstoffherzeugung

Eine Vorstellung von den Fortschritten, welche die Metallurgie seit Mitte des vorigen Jahrhunderts gemacht hat, kann man aus



Die Brooklyn-Brücke bei Newyork

der vergleichweisen Skizze der alten Brooklyn-Brücke mit der neuen, die über den Hudson-Fluß zur Verbindung von Newyork mit Newjersey gebaut wird, gewinnen. Die Abmessungen der neuen Brücke im Vergleich zu der alten geben ein treffliches Bild von der Widerstandsfähigkeit moderner Konstruktionsstähle. Die gleiche Firma lieferte die Drahtseile für beide Brücken, doch konnte im Laufe der Zeit die Brauchfestigkeit des Stahlbrahtes von 70 auf 170 kg/mm gesteigert werden. Während bei der alten Brücke die Abmessung zwischen den einzelnen Teilen 400 m betrug, beträgt sie heute 1000 m. L.

Kein Hardnaufrückfall

keine Unterbrechung Ihres Berufes u. d. h. können Sie sich gründliche Fachkenntnisse aneignen. Das Unterrichts-system Karnack umfaßt Lehrkurse für Elektrotechnik, Maschinenbau, Hoch- und Tiefbau, Installation, Berg- und Hüttenbau, Weberei, Kunstgewerbe und Handwerk, sowie kaufmännische Ausbildung. Brieflicher Fernunterricht verb. mit technischen Prüfungen. Tausendfach anerkannt und erfolgreich. Prospekt kostenlos. Rusfinsches Lehrinstitut, Potsdam - Ta. 163.

Bekanntmachung

Sonntag, den 4. August, ist der 32. Wochenbeitrag fällig.

Adressenänderung.

Sörde. Unser Büro befindet sich ab 5. August Sörde Rathhausstr. 9, Fernruf 41 811.

Inhaltsverzeichnis

Der Deutsche Metallarbeiter. Hauptteil:

Metallarbeiterchaft, Unternehmer und Arbeitsgemeinschaft (G. W.), S. 481. Der Arbeitslohn in der Konjunktion (G. Baumann), S. 482. Die Arbeitslosenversicherung und ihre Gegner (Wbr.), S. 484. Gedicht: Stempelled, S. 484. Bei Sturm und Wetter . . ., S. 485. Die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten (Mauer), S. 485. Arbeitslosenversicherung und öffentliche Fürsorge (Ungert), S. 486. Der Wirtschaftskampf im fernem Osten (Wr.), S. 487.

Branchenbewegung:

Klempner und Installateure (. . . net), S. 488. Formet- und Gießereiarbeiter (Kr.), S. 488. Zum Streit im Kölner Installationsgewerbe (. . . e.), S. 488.

Aus den Betrieben:

Lohnbewegung in der schlesischen Metallindustrie (Tra.), S. 489. „Glänzende Erfolge“ der Werkgemeinschaften (J.), S. 490. Kampf den Betriebsräten (G.), S. 491. Hochkonjunktur in der Großeisenindustrie (. . . l.), S. 491. 50 Millionen Mundharmonikas werden jährlich exportiert (W.), S. 491.

Umschau:

Jubiläums-Generalversammlung des Graphischen Zentralverbandes (K.), S. 492. Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter Deutschlands (K.), S. 492. 20 Jahre Gesangchor des UMD. Essen (G.), S. 492.

Unterhaltung:

Frau Regel Amrein und ihr Jüngster (Gottfried Keller), S. 489.

Wirtschaft — Technik:

Metallarbeiterchaft und Arbeitsteilung (Wbr.), S. 493. Eine neuzeitliche Maschine zum Autogenschneiden (K.), S. 494. Was ist Armco-Eisen? (Peter Jens), S. 494. Aus der Geschichte der Lüdenscheider Metallindustrie (E. Hübner), S. 494. Anschauliches Bild für die Fortschritte der Werkstoffherzeugung (L.), S. 495.

Bekanntmachung:

Seite 496.

„Der Deutsche Metallarbeiter“ erscheint wöchentlich Samstags. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Stapeltor 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Donnerstags abends 6 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten. — Anzeigenpreis: Die gespaltene Millimeterzeile für Arbeitssuchende 20 Reichspfennig für Arbeitsangebote 40 Reichspfennig. Unverlangt eingehende Manuskripte ohne Beifügung eines adreßierten und frankierten Briefumschlages werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt.

Schriftleitung: Georg Wieber — Verlag: Franz Wieber, Duisburg, Stapeltor 17. Druck: Echo-Verlag und -Druckerei, e. G. m. b. H., Duisburg.